



Überblick über die Besteuerung von Investmentfonds im Betriebsvermögen

Steuerleitfaden für betriebliche Anleger

Veranlagungszeitraum: 2016

Rechtsstand: August 2017

Wir arbeiten für Ihr Investment

Inhalt

1. Vorwort	5
2. Basiswissen	4
1. Das Transparenzprinzip	6
2. Das Zuflussprinzip	6
3. Der Zwischengewinn	6
4. Kapitalertragsteuerabzug (Abgeltungsteuer)	6
5. Nichtveranlagungs-Bescheinigung, Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug und Freistellungsauftrag	7
6. Aktien- und Immobiliengewinn	7
7. Die bilanzielle Behandlung von Fondsanteilen	9
3. Notwendige Unterlagen	10
1. Die Steuerbescheinigung	10
2. Steuerliche Überleitungsrechnung	11
4. Der Erwerb und die Rückgabe von Fondsanteilen	12
1. Erwerb von Fondsanteilen	12
2. Veräußerung beziehungsweise Rückgabe von Fondsanteilen	12
5. Ertragsverwendung	16
1. Ausschüttung	16
2. Thesaurierung	19
6. Behandlung von ausländischen Fonds	21
7. Bewertung von Fondsanteilen in den Folgejahren	24
8. Spezialfonds	25
9. Pensionszusagen	26
10. Rückblick und Ausblick	28
11. Glossar	29
12. Anhang	33

Investmentfonds sind ein wichtiger Bestandteil des modernen Finanzmanagements. Sie ermöglichen dem Investor, das Wissen eines erfahrenen Asset-Managements und die Vorteile einer professionellen Vermögensanlage zu nutzen, ohne sich selbst um Kapitalmarktentwicklungen kümmern zu müssen.

1. Vorwort

Investmentfonds sind ein wichtiger Bestandteil des modernen Finanzmanagements. Sie ermöglichen dem Investor, das Wissen eines erfahrenen Asset-Managements und die Vorteile einer professionellen Vermögensanlage zu nutzen, ohne sich selbst um Kapitalmarktentwicklungen kümmern zu müssen.

Darüber hinaus kann der Anleger beim Erwerb von Fondsanteilen von der Risikostreuung innerhalb des Fonds profitieren, denn durch die Mischung zahlreicher Wertpapiere werden die mit der Wertpapieranlage verbundenen Risiken grundsätzlich begrenzt. Trotz der Investition in eine Vielzahl von Wertpapieren entfallen die damit verbundenen Verwaltungs- und Buchhaltungsarbeiten für den Fondsanleger weitgehend, da diese bereits von Union Investment im Rahmen der Fondsbuchhaltung vorgenommen werden. Anstelle der zahlreichen Einzelwerte sind für die Anleger nach geltendem Recht grundsätzlich nur die jeweiligen Fondsanteile in der Bilanz zu berücksichtigen.

Ziel dieser Broschüre ist es im Grundsatz,

- dem betrieblichen Anleger die Prinzipien der Fondsbesteuerung und die damit verbundenen Bilanzierungsgrundsätze nach dem deutschen Recht des Handelsgesetzbuches (HGB) in Kürze zu erläutern.
- die jeweiligen Bescheinigungen und Abrechnungen, die Union Investment ihren Anlegern im UnionDepot zur Verfügung stellt, im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Bilanz des betrieblichen Anlegers zu erläutern.
- die steuerlichen Konsequenzen einer Fondsanlage aufzuzeigen.

Die fachkundige Beratung durch einen Rechtsanwalt, Fachanwalt, Wirtschaftsprüfer oder Steuerberater kann und will diese Broschüre nicht ersetzen. Wir verweisen insoweit auf den Haftungsausschluss auf der letzten Seite. Die in dem Leitfaden dargestellte Sach- und Rechtslage entspricht dem bei Drucklegung im September 2017 bekannten Stand der Gesetzgebung.

Die steuerlichen Hinweise zu den einzelnen Fonds finden Sie im Internet unter www.ui-link.de/steuerdaten

Die wichtigsten Abkürzungen auf einen Blick		GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
AGS	Abgeltungsteuer	InvStG	Investmentsteuergesetz
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	KES	Kapitalertragsteuer
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz	KSt	Körperschaftsteuer
BetrAVG	Betriebsrentengesetz	KStG	Körperschaftsteuergesetz
BFH	Bundesfinanzhof	NV	Nichtveranlagung
BMF	Bundesministerium der Finanzen	QSt	Quellensteuer
BZSt	Bundeszentralamt für Steuern	Reform InvStG	Reform der Investmentbesteuerung
DBA	Doppelbesteuerungsabkommen	REITG	Gesetz über deutsche Immobilien-Aktiengesellschaften mit börsennotierten Anteilen (REIT-Gesetz)
ESt	Einkommensteuer	SolZ	Solidaritätszuschlag
EStG	Einkommensteuergesetz	ZAS	Zinsabschlagsteuer
FSA	Freistellungsauftrag	zvE	zu versteuerndes Einkommen
HGB	Handelsgesetzbuch		

2. Basiswissen

1. Das Transparenzprinzip

Das Transparenzprinzip besagt, dass der Inhaber von Fondsanteilen quasi so zu behandeln ist, als hätte er die jeweiligen im Fonds gehaltenen Wertpapiere direkt gehalten. Daher werden entsprechend zur Direktanlage auch bei Fondsinvestments auf die steuerpflichtigen Zinsen und zinsähnlichen Erträge sowie die sonstigen Erträge des Fonds, die inländischen und ausländischen Dividenden sowie die Veräußerungsgewinne bei Ausschüttung eine Kapitalertragsteuer (KESt), zuzüglich Solidaritätszuschlag (SolZ), erhoben. Wie bei der Direktanlage können diese bereits abgeführten Steuern mit der endgültigen Steuerschuld des Anlegers verrechnet werden, da es sich um eine Vorauszahlung auf die Steuerschuld handelt. Auch die Anrechnungsansprüche auf im Fonds angefallene ausländische Quellensteuern reicht der inländische Fonds an die Anteilinhaber weiter oder berücksichtigt sie als Werbungskosten auf Fondsebene.

Die Zwischenschaltung eines Fonds soll beim Anleger grundsätzlich keine höhere oder niedrigere Besteuerung auslösen als eine direkte Beteiligung an den Vermögensgegenständen des Fonds.

Weitreichende Änderungen im Investmentsteuergesetz (InvStG) ergaben sich durch die Einführung der Abgeltungsteuer (AGS) zum 1. Januar 2009. Danach hat die Kapitalertragsteuer für den Privatanleger grundsätzlich abgeltende Wirkung. Die Änderungen der Besteuerungssystematik wurden auch im Investmentsteuergesetz (InvStG) nachvollzogen. Für den betrieblichen Anleger ergaben sich jedoch keine grundlegenden Änderungen der Besteuerungssystematik. Für betriebliche Anleger wurden entsprechend der Direktanlage Ausnahmeregelungen bezüglich des Kapitalertragsteuererhalts vorgesehen. Bei dieser Anlegergruppe verbleibt es bei einer Vorauszahlung auf die individuelle Steuerschuld.

2. Das Zuflussprinzip

Das in § 11 des Einkommensteuergesetzes (EStG) normierte Zuflussprinzip besagt, dass Einkünfte beziehungsweise Erträge in dem Kalenderjahr versteuert werden müssen, in dem sie dem Anleger zugeflossen sind. Zufluss bedeutet, dass der Anleger über den ausgeschütteten Betrag verfügen kann. Im Falle ausschüttender Fonds ist demzufolge das Jahr maßgeblich, in dem die Ausschüttung stattgefunden hat beziehungsweise das Datum des Ausschüttungsbeschlusses bei Bilanzierung.

Für thesaurierende Fonds gilt die Besonderheit, dass die thesaurierten (sogenannten „ausschüttungsgleichen“) Erträge mit Ablauf des Geschäftsjahres des Fonds, in dem sie vereinnahmt worden sind, als zugeflossen gelten (sogenannte „Zuflussfiktion“, § 2 Abs. 1 Satz 2 InvStG).

3. Der Zwischengewinn

Zum Zwischengewinn zählen in erster Linie die Zinsen und zinsähnlichen Einnahmen des Fonds und die angewachsenen Ansprüche auf derartige Einnahmen, die den Anlegern noch nicht zugeflossen sind oder noch nicht als zugeflossen gelten. Für institutionelle Anleger ist der Zwischengewinn primär im Zusammenhang mit Zielfonds, die in die Dach- beziehungsweise Spezialfonds gekauft werden, von Bedeutung. Hintergrund hierfür ist, dass ein solcher Fonds aufgrund der Einnahmen-Überschuss-Rechnung nach § 3 Abs. 1 InvStG den Zwischengewinn aus Zielfonds steuerlich zu berücksichtigen hat.

Seit Einführung der Abgeltungsteuer zum 1. Januar 2009 ist der gezahlte beziehungsweise der erhaltene Zwischengewinn bei betrieblichen Anlegern unselbstständiger Teil der Anschaffungskosten beziehungsweise des Veräußerungserlöses. Dies bedeutet, dass der Zwischengewinn in den Anschaffungskosten beziehungsweise im Veräußerungserlös enthalten ist und eine Korrektur beider Größen nicht vorzunehmen ist.

Für betriebliche Anleger wird ein Zwischengewinn zwar weiterhin ermittelt, es erfolgt jedoch im Gegensatz zum Privatanleger keine Verrechnung im Verlustverrechnungstopf auf Depotebene. Aufgrund des ersatzlosen Wegfalls des alten sogenannten „Stückzinstopfs“ mit Einführung der Abgeltungsteuer, den depotführende Banken bis zur Einführung der Abgeltungsteuer für jeden Anleger zur Verrechnung der aufgewendeten und erhaltenen Zwischengewinne führten, unterliegt bei betrieblichen Anlegern bei Anteilscheinrückgaben beziehungsweise Veräußerungen nun der gesamte erhaltene und nicht nur der besitzzeitanteilige Zwischengewinn der Kapitalertragsteuer. Die auf den gesamten Zwischengewinn erhobene Kapitalertragsteuer kann jedoch auf die Steuerschuld (Körperschaftsteuer; Einkommensteuer) des betrieblichen Anlegers angerechnet werden; gegebenenfalls bereits im Rahmen der Steuervorauszahlungen.

4. Kapitalertragsteuerabzug (Abgeltungsteuer)

Die Abgeltungsteuer (AGS) ist eine Form der Kapitalertragsteuer. Bei diesem Steuerabzug handelt es sich nicht um eine eigenständige Steuer, sondern lediglich um eine besondere Steuererhebungsform. Im Rahmen der jährlichen Steuerveranlagung wird bei betrieblichen Anlegern die Abgeltungsteuer mit der zu zahlenden Steuerschuld verrechnet.

Die depotführende Bank behält sowohl bei Ausschüttungen des Fonds als auch bei Fondsanteilrückgaben beziehungsweise Veräußerungen Kapitalertragsteuer auf Zinsen in Höhe von 25 Prozent zusammen mit dem Solidaritätszuschlag (5,5 % der Kapitalertragsteuer) ein und führt diese Beträge an das Finanzamt ab. Sofern der Anleger seine Wertpapiere im Ausland verwahren lässt, wird keine Kapitalertragsteuer auf Zinsen einbehalten. Bei Eigenverwahrung fallen hingegen 25 Prozent Kapitalertragsteuer zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent hierauf an.

Bei inländischen thesaurierenden Publikumsfonds stellt das Sondervermögen bei Thesaurierungen den depotführenden Stellen die Kapitalertragsteuer nebst den maximal anfallenden Zuschlagsteuern (Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer) zur Verfügung. Diese nehmen den Kapitalertragsteuerabzug wie im Ausschüttungsfall unter Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Anleger vor, sodass insbesondere gegebenenfalls Kirchensteuer an die Finanzbehörden abgeführt werden kann. Soweit das Sondervermögen den depotführenden Stellen Beträge zur Verfügung gestellt hat, die nicht an die Finanzbehörden abgeführt werden müssen, erfolgt eine Erstattung.

Zuvor wurde bei inländischen thesaurierenden Fonds der Kapitalertragsteuerabzug auf Zinsen zusammen mit dem Solidaritätszuschlag seitens Union Investment dem Fondsvermögen am Ende des Geschäftsjahres entnommen und an die Finanzbehörden weitergeleitet. Da ausländische Fonds nicht zu deutschen Steuern herangezogen werden können, fällt bei ausländischen thesaurierenden Fonds der Kapitalertragsteuerabzug erst bei Rückgabe der Anteile über ein inländisches Kreditinstitut an. Als Bemessungsgrundlage werden dabei die während der gesamten Haltedauer aufgelaufenen, als zugeflossen geltenden Erträge, die sogenannten akkumulierten thesaurierten beziehungsweise ausschüttungsgleichen Erträge, herangezogen.

5. Nichtveranlagungs-Bescheinigung, Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug und Freistellungsauftrag

Eine Nichtveranlagungs-Bescheinigung (NV-Bescheinigung), eine Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug gemäß § 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 EStG oder ein Freistellungsauftrag (FSA) verhindern den Abzug von Kapitalertragsteuer sowie Solidaritätszuschlag auf bestimmte Kapitalerträge. Da in diesem Fall kein Steuerabzug erfolgt, ist die Durchführung eines Erstattungsverfahrens dann nicht erforderlich.

Hinweis: Durch eine Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug gemäß § 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 EStG können betriebliche Anleger, die nicht körperschaftsteuerpflichtig und für die die Kapitalerträge Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebes sind, einen Steuerabzug auf die im Rahmen der Abgeltungsteuer neu eingeführten Kapitalertragsteuerabzugstatbestände vermeiden.

Sofern der Anleger dem depotführenden inländischen Kreditinstitut eine NV-Bescheinigung des Finanzamtes, eine Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug oder einen Freistellungsauftrag einreicht, kann somit ein Steuerabzug vermieden werden.

Die verschiedenen Arten der NV-Bescheinigungen haben wir für Sie im Anhang dieses Leitfadens in einer Tabelle zusammengestellt. Dort finden Sie auch ein Muster einer NV-Bescheinigung, einer Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug gemäß § 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 EStG sowie eines Freistellungsauftrages von Union Investment.

6. Aktien- und Immobiliengewinn

Der Aktiengewinn wurde eingeführt, um in Anwendung des Transparenzprinzips (vergleiche II.1.) eine Gleichbehandlung des betrieblichen Fondsanlegers mit dem Direktanleger zu gewährleisten. Für Kapitalgesellschaften gilt im Falle der Direktanlage gemäß § 8b des Körperschaftsteuergesetzes (KStG), dass Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an in- und ausländischen Kapitalgesellschaften und Dividendenerträge im wirtschaftlichen Ergebnis zu 95 Prozent steuerfrei sind. Bei Personengesellschaften unterliegen sowohl Dividenden als auch Veräußerungsgewinne beim Gesellschafter einkommensteuerlich dem Teileinkünfteverfahren. Dies bedeutet, dass sowohl Dividenden als auch Veräußerungsgewinne beim Gesellschafter zu 60 Prozent steuer-

pflichtig und zu 40 Prozent steuerfrei sind. Der Aktiengewinn bezeichnet den Teil des Erlöses aus der Veräußerung oder der Rückgabe von Investmentanteilen, der für den einkommensteuerpflichtigen betrieblichen Anleger zu 60 Prozent steuerpflichtig und für den körperschaftsteuerpflichtigen betrieblichen Anleger zu 95 Prozent steuerfrei ist.

Der Aktiengewinn beinhaltet im Fonds angefallene, aber noch nicht ausgeschüttete oder thesaurierte Erträge (insbesondere Dividenden) sowie realisierte und unrealisierte Kursgewinne aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften, die dem Teileinkünfteverfahren beziehungsweise der Befreiung gemäß § 8b KStG unterliegen. Er weist als rechnerische Größe aus, welcher Anteil aus der Veräußerung von Fondsanteilen auf diese steuerlich begünstigten Komponenten zurückzuführen ist.

Der Fonds-Aktiengewinn wird als prozentualer Wert des Anteilpreises ausgewiesen und ist für Publikumsfonds online bei Union Investment auf der Internetseite www.ui-link.de/steuerdaten abrufbar.

Ein negativer Aktiengewinn kennzeichnet den von der Kapitalverwaltungsgesellschaft auszuweisenden Verlust aus einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft. Gewinnminderungen, die im Zusammenhang mit Fondsanteilen stehen, können in Höhe des Aktiengewinns nicht beziehungsweise nur zu 60 Prozent geltend gemacht werden. Für die Besteuerung ist der besitzzeitanteilige Aktiengewinn maßgeblich. Bei einer Veräußerung von Fondsanteilen führt ein besitzzeitanteiliger negativer Aktiengewinn zu einem steuerpflichtigen Gewinn auf Ebene des Anlegers.

Hinweis: Dies gilt jedoch nur für vor dem 1. März 2013 dem Sondervermögen zugeflossene oder als zugeflossen geltende Dividenden in- und ausländischer Aktiengesellschaften, die auf Anteile im Betriebsvermögen (KStG) ausgeschüttet oder thesauriert werden, mit Ausnahme von Dividenden nach dem REIT-Gesetz (REITG).

Aufgrund der Neuregelung zur Besteuerung von Streubesitzdividenden sind nach dem 28. Februar 2013 dem Sondervermögen aus der Direktanlage zugeflossene oder als zugeflossen geltende Dividenden in- und ausländischer Aktiengesellschaften bei Körperschaften steuerpflichtig. Betriebliche Anleger i.S.d. EStG versteuern Dividenden – mit Ausnahme der Dividenden nach dem REITG – weiterhin zu 60 Prozent (Teileinkünfteverfahren).

Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen im Betriebsvermögen sind für Körperschaften derzeit grundsätzlich aber noch steuerfrei. Von betrieblichen Anlegern i.S.d. EStG (z. B. Einzelunternehmern) sind diese Veräußerungsgewinne zu 60 Prozent zu versteuern.

Die Kapitalverwaltungsgesellschaft veröffentlicht ab dem 1. März 2013 (aufgrund der zuvor erwähnten Änderung der Dividendenbesteuerung) zwei Aktiengewinne, getrennt für Körperschaften und betriebliche Anleger EStG (z. B. Einzelunternehmer). Dementsprechend beinhaltet der Aktiengewinn für Körperschaften grundsätzlich keine Dividenderträge, die dem Fonds nach dem 28. Februar 2013 zugeflossen sind.

Der Immobiliengewinn besagt, wie viel Prozent des Rücknahmepreises auf ausländische Einkünfte entfallen, die aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) im Inland steuerfrei sind. Steuerfrei sind die ausländischen Mieterträge beziehungsweise Veräußerungsgewinne von Immobilien, die in Staaten liegen, mit denen das DBA die Freistellungsmethode vorsieht. Beispielsweise der Veräußerungsgewinn einer Immobilie, der im Ausland versteuert wird und nach dem maßgeblichen DBA in Deutschland steuerfrei ist.

Dem Aktien- und Immobiliengewinn auf Ebene des Investmentvermögens stehen auf der Ebene des betrieblichen Anlegers der Anleger-Aktiengewinn und der Anleger-Immobilien-gewinn gegenüber. Im Gegensatz zum Fonds-Aktiengewinn und Fonds-

Immobilien-gewinn erfolgt die Ermittlung besitzzeitanteilig. Dabei ist eine Gegenüberstellung des Aktiengewinns zum Erwerbs- und zum Veräußerungszeitpunkt erforderlich.

Während in der Handelsbilanz im Falle der Rückgabe oder Veräußerung der Gewinn beziehungsweise Verlust durch die Gegenüberstellung von Veräußerungspreis und Anschaffungskosten zu ermitteln ist, ist zur Ermittlung des steuerlichen Ergebnisses darüber hinaus der Aktien- und Immobiliengewinn einzubeziehen. Die Ermittlung erfolgt ausgehend vom Fonds-Aktiengewinn und Fonds-Immobilien-gewinn je Investmentanteil in mehreren Schritten. In einem ersten Rechenschritt wird der (besitzzeitanteilige) Anleger-Aktiengewinn und Anleger-Immobilien-gewinn auf den Zeitpunkt der Veräußerung beziehungsweise Rückgabe der Investmentanteile oder auf den im Rahmen der Bewertung entscheidenden Zeitpunkt (Bilanzstichtag) ermittelt. Die Ermittlung des Anleger-Aktiengewinns erfolgt durch eine Gegenüberstellung des Fonds-Aktiengewinns zum Zeitpunkt der Veräußerung beziehungsweise Rückgabe oder zum Bilanzstichtag einerseits und des Fonds-Aktiengewinns zum Zeitpunkt des Erwerbs andererseits. Zur Ermittlung des hierbei anzusetzenden jeweiligen Fonds-Aktiengewinns ist der von Union Investment er-

mittelte Prozentsatz mit mindestens zwei Nachkommastellen auf den maßgebenden jeweiligen gesamten Rücknahmepreis der veräußerten beziehungsweise zurückgegebenen oder am Bilanzstichtag zum Betriebsvermögen gehörenden Investmentanteile anzuwenden. Bei unterschiedlichen Anschaffungszeitpunkten mit unterschiedlichen Anschaffungskosten ist für die Ermittlung des Anleger-Aktiengewinns von einem gewichteten Durchschnitt auszugehen.

Bei der Ermittlung des durchschnittlichen Aktiengewinns sind die in der Vergangenheit bis zum Verkaufstermin erfolgten Käufe sowie Wiederanlagen nach Ausschüttungen einzubeziehen. Auf Basis dieser Transaktionen und des zu diesen Zeitpunkten ausgewiesenen Aktiengewinns lässt sich der durchschnittliche Aktiengewinn bei Kauf berechnen. Diesem ist wiederum der Aktiengewinn bei Verkauf gegenüberzustellen, um den besitzzeitanteiligen Anleger-Aktiengewinn zu ermitteln.

Im Falle von Teilverkäufen ist der für den gesamten Anteilbestand ermittelte Aktiengewinn anteilig auf die Anzahl der verkauften Anteile umzurechnen.

Die Ermittlung des Anleger-Immobilien-gewinns erfolgt entsprechend.

Der durchschnittliche Aktiengewinn ermittelt sich in dem Beispielsfall wie folgt:

Die A-GmbH kauft in den Monaten März, Mai und Oktober 2016 jeweils 100 Fondsanteile. Der Fonds-Aktiengewinn beträgt im März 20 Prozent, im Mai 50 Prozent und im Oktober 60 Prozent.

Datum	Anzahl der Anteile	Anteilpreis in Euro	Fonds-Aktiengewinn in %	Fonds-Aktiengewinn absolut in Euro
März 2015	100	100,-	20 %	2.000,-
Mai 2015	100	200,-	50 %	10.000,-
Oktober 2016	100	300,-	60 %	18.000,-
Summe Durchschnitt	300	60.000,- 200,-	50 %	30.000,- 100,-

7. Die bilanzielle Behandlung von Fondsanteilen

Anteile an Publikumsfonds sind sowohl handels- als auch steuerbilanziell als Wertpapiere zu behandeln. Eine Durchschau auf die einzelnen im Fonds enthaltenen Wertpapiere – Aktien und Anleihen – findet nicht statt.

Im **Anlagevermögen** gehaltene Fondsanteile sind in der Bilanz als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ unter Punkt A.III.5 auszuweisen. Bei Zuordnung zum **Umlaufvermögen** sind die Fondsanteile dagegen als „Sonstige Wertpapiere“ unter Punkt B.III.2 auszuweisen.

Die Zurechnung zum Anlage- oder Umlaufvermögen richtet sich danach, ob die Anteile dazu bestimmt sind, dem Geschäftsbetrieb dauernd beziehungsweise längerfristig zu dienen oder ob sie nur vorübergehend gehalten werden sollen. Bei langfristiger Ausrichtung sind die Anteile grundsätzlich

dem Anlagevermögen, bei kurzfristiger Ausrichtung, zum Beispiel bei der kurzfristigen Anlage von Liquidität, dem Umlaufvermögen zuzuordnen.

Bei der Bilanzierung ist zwischen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz zu unterscheiden. Der **Sinn und Zweck** einer **Handelsbilanz** besteht darin, über den Erfolg eines Unternehmens während eines bestimmten Zeitabschnitts zu informieren. Sie soll die tatsächlichen, für einzelne Interessengruppen relevanten Verhältnisse eines Unternehmens dokumentieren. Der Zweck einer **Steuerbilanz** besteht dagegen in einer zutreffenden Gewinnermittlung für die Zwecke der Ertragsbesteuerung. Daneben dient sie der Abbildung des Unternehmensvermögens für die Zwecke der Erbschaftsteuer.

Bei **Spezialfondsbeteiligungen** sind möglicherweise Besonderheiten zu beachten (siehe hierzu die gesonderten Ausführungen unter VIII.).

Bilanzierung von Fondsanteilen

Aktiva	Passiva
A. Anlagevermögen	A. Eigenkapital
III. Finanzanlagen	B. Rückstellungen
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	C. Verbindlichkeiten
B. Umlaufvermögen	D. Rechnungsabgrenzungsposten
III. Wertpapiere	
2. Sonstige Wertpapiere	
C. Rechnungsabgrenzungsposten	

3. Notwendige Unterlagen

1. Die Steuerbescheinigung

Anleger von Union Investment erhalten jährlich in den ersten Monaten des Jahres eine „Jahressteuerbescheinigung“ zugesandt. Diese ist für die Anrechnung von Steuerbeträgen allein maßgeblich.

Beispiel: Jahressteuerbescheinigung im UnionDepot

Steuerbescheinigung

der die Kapitalerträge auszahlenden Stelle für Konten und/oder Depots bei Einkünften im Sinne der §§ 13, 15, 18 und 21 EStG sowie bei Einkünften im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1, 1a, 2 EStG von beschränkt Steuerpflichtigen

Zusammengefasste Bescheinigung für den Zeitraum vom 01.01.2016 bis 31.12.2016
Wir versichern, dass Einzelsteuerbescheinigungen insoweit nicht ausgestellt worden sind.

Abstandnahme vom Steuerabzug nach § 43 Abs. 2 EStG

An den oben genannten Depotinhaber wurden für den Zeitraum vom 01.01.2016 bis 31.12.2016 folgende Kapitalerträge gezahlt/gutgeschrieben/gelten als zugeflossen:

Kapitalerträge

im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 1a EStG	3.303,85 EUR
davon: Erträge die dem Teileinkünfteverfahren unterliegen	1.737,91 EUR
davon: Erträge im Sinne des § 19 Abs. 1 REITG	213,63 EUR
davon: Erträge beschränkt Steuerpflichtiger	0,00 EUR

Kapitalertragsteuer 825,97 EUR

Solidaritätszuschlag 45,40 EUR

Freiwillige Zusatzinformationen

Summe der anrechenbaren, noch nicht angerechneten ausländischen Steuer (ohne ausländische Thesaurierungen)	
im Privatvermögen	0,00 EUR
im Betriebsvermögen nach EStG	700,11 EUR
im Betriebsvermögen nach KStG	700,11 EUR
Summe der anrechenbaren, noch nicht angerechneten ausländischen Steuer aus ausländischen Thesaurierungen	
im Privatvermögen	0,00 EUR
im Betriebsvermögen nach EStG	0,00 EUR
im Betriebsvermögen nach KStG	0,00 EUR

Ausländische Steuer

Weitere Angaben zur anrechenbaren ausländischen Quellensteuer finden Sie in der „Information zum Gesellschaftsjahresende“, die Sie mit der Abrechnung zur Ausschüttung oder Thesaurierung bekommen haben.

Wirtschaftlich Berechtigter

Aktuell haben wir für Ihr UnionDepot gemäß Geldwäschegesetz einen abweichenden wirtschaftlich Berechtigten vermerkt. Steuerlich wurden die Erträge aus dem UnionDepot Ihnen als Depotinhaber zugerechnet.

Die UnionInvestment Service Bank AG führt Kapitalertragsteuer (Abgeltungsteuer) an das Finanzamt Frankfurt am Main unter der Steuernummer 047 22147945 ab.

Ertragsdaten zu einzelnen Fonds entnehmen Sie bitte den Rechenschaftsberichten oder steuerlichen Hinweisblättern unter www.union-investment.de (für institutionelle Kunden).

Hinweis: Eine Jahresbescheinigung wurde für das Jahr 2008 letztmalig erstellt. Sie entfiel im Rahmen der Einführung der Abgeltungsteuer.

2. Steuerliche Überleitungsrechnung

Die steuerlichen Hinweise für deutsche institutionelle Publikums- und Spezialfonds werden durch eine **Überleitungsrechnung auf den steuerpflichtigen Betrag** ergänzt. Bei Spezialfonds ist dieser Bestandteil des Jahresberichts; nur bei Zwischenausschüttungen wird die Überleitungsrechnung gemeinsam mit den steuerlichen Hinweisen an den Anleger übersandt.

Diese Hinweise sind für institutionelle Publikumsfonds im Internet vom Anleger unter www.ui-link.de/steuerdaten abrufbar.

Anhand der Überleitungsrechnung auf den steuerpflichtigen Betrag können Sie die Ermittlung des steuerpflichtigen Betrages nachvollziehen. Ausgehend von der Gesamtausschüttung beziehungsweise dem ordentlichen Nettoertrag wird in dieser der steuerpflichtige Betrag hergeleitet.

Die Überleitungsrechnung wird erstellt, weil verschiedene Ertragsbestandteile für einzelne Anlegergruppen voll beziehungsweise nur teilweise steuerpflichtig sind.

Unten stehend haben wir für Sie eine Überleitungsrechnung auf den steuerpflichtigen Betrag abgedruckt, der Sie die einzelnen Rechenschritte und die dabei zu berücksichtigenden Positionen entnehmen können.

Beispiel: Steuerliche Überleitungsrechnung

Überleitungsrechnung auf den steuerpflichtigen Betrag:		Betriebsvermögen nach KStG	
		EUR	EUR/Anteil
1.	Barausschüttung	0,00	0,00000000
2.	Anrechenbarer Kapitalertragssteuer (25%)	6.811,77	0,00208830
3.	Anrechenbarer Solidaritätszuschlag auf die anrechenbare Kapitalertragssteuer (5,5%)	374,65	0,00011486
4.	Gesamtausschüttung	7.186,42	0,00220316
5.	Zzgl. einbehaltene Quellensteuer	0,00	0,00000000
6.	Abzgl. erstattete Quellensteuer	0,00	0,00000000
7.	Betrag der Ausschüttung i. S. d. § 5 Abs. 1 Nr. 1a InvStG	7.186,42	0,00220316
8.	Ausschüttungsgleiche Erträge des laufenden Jahres	3.839.016,25	1,17693831
9.	darin enthaltene nicht abzugsfähige Aufwendungen	0,00	0,00000000
	abzüglich		
10.	Ausschüttungsgleiche Erträge aus Vorjahren	0,00	0,00000000
11.	Vorjahresvortrag der bereits versteuerten kurzfristigen Termingeschäfte	0,00	0,00000000
12.	Steuerfrei realisierte Gewinne i. S. d. § 8b Abs. KStG und § 3 Nr. 40 EstG	0,00	0,00000000
13.	Steuerfreie Dividenden gemäß § 8b Abs. 1 KStG und § 3 Nr. 40 EstG	0,00	0,00000000
14.	Erträge i. S. d. § 2 Abs. 3 Nr. 1 Satz 2 in der am 31.12.2008 anzuwendenden Fassung	0,00	0,00000000
15.	Steuerfreie Gewinne aus dem An- und Verkauf inländische und ausländischer Grundstücke außerhalb der 10-Jahresfrist	0,00	0,00000000
16.	Enkünfte, die aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen steuerfrei sind	0,00	0,00000000
17.	Ausgeschüttete Substanz	0,00	0,00000000
18.	Steuerpflichtiger Betrag	3.846.202,67	1,17914148

4. Der Erwerb und die Rückgabe von Fondsanteilen

1. Erwerb von Fondsanteilen

Der Wertansatz in der Bilanz bemisst sich nach den Anschaffungskosten der Fondsanteile gemäß § 255 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB). Diese bestehen aus dem Ausgabepreis zuzüglich eventueller Anschaffungsnebenkosten, zu denen auch der gezahlte Ausgabeaufschlag zählt. Dieser kann somit im Zeitpunkt des Erwerbs nicht steuermindernd angesetzt werden.

Im Falle eines Rücknahmeabschlages ist die Bewertung in der Bilanz nicht zwangsläufig zum niedrigeren Rücknahmepreis vorzunehmen, sofern keine konkrete Verkaufsabsicht besteht. Zur Bewertung im Rahmen des Jahresabschlusses kann daher grundsätzlich der Anteilwert herangezogen werden. Grundsätzlich bietet es sich aber an, danach zu unterscheiden, ob die Anteile im Anlage- oder Umlaufvermögen gehalten werden (siehe Kapitel II.7).

Beim Erwerb Ihrer Fondsanteile erhalten Sie von Union Investment eine Kaufabrechnung nach nebenstehendem Muster. Dieser können Sie die für Sie maßgeblichen Anschaffungskosten der Fondsanteile entnehmen.

2. Veräußerung beziehungsweise Rückgabe von Fondsanteilen

Für den betrieblichen Anleger sind Gewinne aus der Veräußerung beziehungsweise Rückgabe von Fondsanteilen unabhängig von der Haltedauer zu versteuern. Bei der Ermittlung des steuerlichen Ergebnisses ist vom handelsrechtlichen Veräußerungsbeziehungsweise Rückgabegewinn jeweils der steuerfreie besitzzeitanteilige Aktienbeziehungsweise Immobiliengewinn abzuziehen.

Bei einer späteren Veräußerung beziehungsweise Rückgabe Ihrer Fondsanteile erhalten Sie von Union Investment eine Verkaufsabrechnung nach unten stehendem Muster. Dieser können Sie die für Sie wichtigen Daten entnehmen (insbesondere Verkaufspreis, Aktiengewinn, Immobiliengewinn).

In der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) kommt ein Ausweis des Veräußerungsgewinns als „außerordentlicher Ertrag“ im handelsrechtlichen Sinne gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 15 HGB beziehungsweise § 275 Abs. 3 Nr. 14 HGB nicht in Betracht. Stand der Ansicht der Finanzanlage im Vordergrund oder handelte es sich um einen wesentlichen Veräußerungsbeziehungsweise Rückgabe-

gewinn, so hat ein Ausweis des Veräußerungsbeziehungsweise Rückgabegewinns als „Ertrag aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens“ gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 10 beziehungsweise Abs. 3 Nr. 9 HGB zu erfolgen. Stand dagegen bei der Beteiligung an einer Gesellschaft eine gewisse Nähe zum operativen Geschäft im Vordergrund (dies dürfte bei Fondsanlagen aber wohl ausscheiden) oder war der Veräußerungsgewinn nicht wesentlich, so kommt ein Ausweis als sonstiger betrieblicher Ertrag aus dem Abgang eines Vermögensgegenstandes des Anlagevermögens gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 4 HGB beziehungsweise § 275 Abs. 3 Nr. 6 HGB in Betracht.

Beispiel einer Kaufabrechnung im UnionDepot

Fonds:		Aktiefonds	Verwahrt: Girosammelverwahrung		Lagerland: Bundesrepublik Deutschland	
		Verwaltungsvergütung: 1,20 % p. a.				
Buchungs-/Preisdatum	Umsatzart	Betrag/EUR	Ausgabeaufschlag %	Preis/EUR	Anteile	
Vortrag					0,000	
04.04.2015	Kauf	50,00				
01.04.2015	Anlage	50,00	5,00	118,61	0,422	
Bestand am 04.04.2014					0,422	

Zusätzliche Angaben für betriebliche Anleger im UnionDepot

Preisdatum	Unterdepot-Nr.	Fondsname ISIN	Rücknahme- preis/Währung	Aktiengewinn pro Anteil in %	Immobilien- gewinn pro Anteil in %	Zwischengewinn pro Anteil/EUR
25.11.2015		Dachfonds DE0000000000	45,23 EUR	-2,420 %	0,530 %	0,15

Beispiel einer Verkaufsabrechnung im UnionDepot

Fonds:		Mischfonds	Verwahrt: Girosammelverwahrung		Lagerland: Bundesrepublik Deutschland	
		Verwaltungsvergütung: 1,20 % p. a.				
Buchungs-/Preisdatum	Umsatzart	Betrag/EUR	Ausgabeaufschlag %	Preis/EUR	Anteile	
Vortrag vom 13.05.2014					305,404	
24.12.2015	Verkauf	10,15		38,67	-0,262	
22.12.2015	Depotgebühr inklusive 19,00 % Mehrwertsteuer	-10,12				
	Kapitalertragsteuer inklusive Solidaritätszuschlag	-0,03				
Bestand am 24.12.2014					305,142	

Beispiel 1: Rückgabe eines ausschüttenden Fondsanteils

Die A-GmbH verkauft am 18. Dezember 2016 17.600 Anteile des ausschüttenden X-Fonds zu einem Preis von 60,- Euro pro Stück (insgesamt 1.056.000,- Euro), die sie am 9. Mai 2016 zu 57,26 Euro erworben hat. Der Aktiengewinn bei Kauf betrug absolut 1,- Euro pro Anteil (1,75%). Mit dem Veräußerungserlös wird ein Aktiengewinn von absolut 1,50 Euro pro Anteil (insgesamt 26.400,- Euro; Aktiengewinn 2,5%) realisiert.

Bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens (zvE) der A-GmbH wird der steuerbilanzielle Gewinn um den besitzzeitanteiligen Aktiengewinn in Höhe von 8.800,- Euro außerbilanziell korrigiert, da die im Aktiengewinn enthaltenen (Erträge und) Veräußerungsgewinne für die A-GmbH steuerfrei sind. In einem weiteren Schritt ist der steuerbilanzielle Gewinn jedoch um 5 Prozent des Aktiengewinns zu erhöhen, da dieser Betrag als nicht abzugsfähige Betriebsausgabe anzusehen ist (gemäß § 8b Abs. 3, 5 KStG).

Beispiel 2: Rückgabe eines thesaurierenden Fondsanteils*

Die A-GmbH kauft am 29. Januar 2016 insgesamt 10.000 Anteile eines thesaurierenden Publikumsfonds zu 190,57 Euro, also für 1.905.700,- Euro. Der Fonds thesauriert seine Erträge in Höhe von 3,8412 Euro pro Anteil (insgesamt 38.412,- Euro) zum 30. September 2015 (Geschäftsjahresbeginn am 1. Oktober 2015). Infolge der Änderung beim Kapitalertragsteuerabzugsverfahren zum 1. Januar 2012 hat der UniGlobal I als deutscher Publikumsfonds keine Kapitalertragsteuer abzuführen. Stattdessen stellt der Fonds den depotführenden Stellen die sog. Steuerliquidität (für 2016: 1,03 Euro je Anteil) zur Verfügung, damit diese als für die Steuerabführung zuständigen Stellen ihrer Verpflichtung

Hieraus ergeben sich folgende Buchungen beim Kauf (Beträge in Euro):

	Handelsbilanz		Steuerbilanz	
	Soll	Haben	Soll	Haben
Bankguthaben		1.007.776,-		1.007.776,-
Sonstige Wertpapiere	1.007.776,-		1.007.776,-	

Hieraus ergeben sich folgende Buchungen beim Verkauf (Beträge in Euro):

	Handelsbilanz		Steuerbilanz	
	Soll	Haben	Soll	Haben
Bankguthaben	1.056.000,-		1.056.000,-	
Sonstige Wertpapiere		1.007.776,-		1.007.776,-
Zinsen und sonstige Erträge		48.224,-		48.224,-

Ermittlung des steuerfreien besitzzeitanteiligen Aktiengewinns:

Aktiengewinn bei Verkauf	Pro Anteil 1,50 Euro	26.400,- Euro
Aktiengewinn bei Kauf	Pro Anteil 1,- Euro	17.600,- Euro
Besitzzeitanteiliger Aktiengewinn	Pro Anteil 0,50 Euro	8.800,- Euro

nachkommen können. Die Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer betrug insgesamt 3,8412 Euro; die Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer auf die sog. neuen Abzugstatbestände (hier: ausländische Dividenden und ausländische REIT-Erträge) betrug 3,3532 Euro. Am 15. Dezember 2016 veräußert der Anleger sämtliche Anteile des Fonds zu einem

Anteilpreis von 216,94 Euro. Der Aktiengewinn ist von 36,29 Prozent bei Kauf auf 40,52 Prozent bei Verkauf gestiegen.

Hinweis: Für betriebliche Anleger kann vom Kapitalertragsteuerabzug auf die sogenannten neuen Abzugstatbestände Abstand genommen werden. Dies geschieht auch in diesem Falle.

Hieraus ergeben sich folgende Buchungen beim Kauf (Beträge in Euro):

	Handelsbilanz		Steuerbilanz	
	Soll	Haben	Soll	Haben
Bankguthaben		1.905.700,-		1.905.700,-
Sonstige Wertpapiere	1.905.700,-		1.905.700,-	

*Für das folgende Beispiel wurde der UniGlobal I herangezogen.

Bei der Thesaurierung wird Kapitalertragsteuer auf Zinsen abgeführt.

Bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens der A-GmbH ist der steuerbilanzielle Gewinn nicht mehr um die Dividenden außerbilanziell zu korrigieren, da es sich bei den Dividenden nicht mehr um Erträge im Sinne des § 8b Abs. 1 KStG handelt, die für die A-GmbH steuerfrei sind. Demzufolge entfällt auch die Hinzurechnung von 5 Prozent dieser Beträge als nicht abzugsfähige Betriebsausgabe. Da Streubesitzdividenden für Körperschaften seit dem 1. März 2013 steuerpflichtig sind, sind ausländische Quellensteuern auf Dividenden auch grundsätzlich anrechenbar. Bei Anwendung des Teileinkünfteverfahrens kann weiterhin die anrechenbare bzw. fiktive ausländische Quellensteuer auf Dividenden handels- und steuerbilanziell angesetzt werden.

Die anrechenbare Quellensteuer auf Dividenden ist damit nicht als Quellensteueraufwand zu korrigieren und über die Anlage A außerbilanziell dem zu versteuernden Einkommen hinzuzurechnen.

Bei Thesaurierung sind folgende Buchungen vorzunehmen (Beträge in Euro):

	Handelsbilanz		Steuerbilanz	
	Soll	Haben	Soll	Haben
Bank	9.012,90		9.012,90	
Kapitalertragsteuer	1.220,00		1.220,00	
Solidaritätszuschlag	67,10		67,10	
Anrechenbare Quellensteuer auf Zinsen	3.651,-		3.651,-	
Fiktive Quellensteuer auf Zinsen	0,-		0,-	
Dividenerträge				34.016,-
Zinsen und sonstige Erträge		14.032,-		4.396,00,-
Steuerertrag	81,-		81,-	
Steuerlicher Ausgleichsposten			24.380,-	

Im Dezember 2016 ist bei der Veräußerung der Fondsanteile der bei Thesaurierung gebildete aktive steuerliche Ausgleichsposten aufzulösen. Die Auflösung des steuerlichen Ausgleichspostens führt in dem Beispielsfall dazu, dass der Veräußerungsgewinn um die bereits im Laufe des Jahres 2016 bei Thesaurierung steuerlich erfassten Erträge vermindert wird. Hierdurch wird die Berücksichtigung der bereits im Rahmen der Thesaurierung versteuerten Erträge sichergestellt. Darüber hinaus wird bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens der A-GmbH der steuerbilanzielle Gewinn um den besitzzeitanteiligen positiven Aktiengewinn in Höhe von 187.462,35 Euro gekürzt und in einem weiteren Schritt außerbilanziell um 5 Prozent des Aktiengewinns (= 9.373,12 Euro) wieder erhöht.

Der handelsbilanzielle Gewinn beträgt:

Verkauf 10.000 Anteile zu 216,94 Euro	2.169.400,- Euro
Kauf 10.000 Anteile zu 190,57 Euro	1.905.700,- Euro
Veräußerungsgewinn	263.700,- Euro

Der besitzzeitanteilige Aktiengewinn ermittelt sich wie folgt:

Aktiengewinn bei Verkauf	879.040,88 Euro
Aktiengewinn bei Kauf	691.578,53 Euro
Besitzzeitanteiliger Aktiengewinn	187.462,35 Euro

Aus der Veräußerung ergeben sich folgende Buchungssätze (Euro) für 2016:

	Handelsbilanz		Steuerbilanz	
	Soll	Haben	Soll	Haben
Bankguthaben	2.169.400,-		2.169.400,-	
Sonstige Wertpapiere		1.905.700,-		1.905.700,-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		263.700,-		239.320,-
Steuerlicher Ausgleichsposten				24.380,-

5. Ertragsverwendung

Die Erträge eines Fonds können dem Anleger während der Haltedauer in Form einer Ausschüttung zufließen oder aber im Fonds thesauriert werden.

1. Ausschüttung

Für ausgeschüttete Erträge gelten bei bilanzierenden Anlegern die allgemeinen steuerbilanzrechtlichen Grundsätze. Dies bedeutet, dass ausgeschüttete Erträge grundsätzlich mit Anspruchsentstehung – zum Beispiel Konkretisierung im Ausschüttungsbeschluss bei Spezialfonds – zu bilanzieren sind.

Bei nicht bilanzierenden betrieblichen und bei privaten Anlegern gilt das Zuflussprinzip, wonach Einnahmen innerhalb desjenigen Kalenderjahres bezogen werden, in dem sie dem Steuerpflichtigen zufließen. Diese Grundsätze gelten im Falle von Teilausschüttungen auch grundsätzlich für die ausschüttungsgleichen Erträge.

In der Gewinn- und Verlustrechnung kommt gemäß § 275 HGB ein Ausweis der Erträge als (1) sonstiger betrieblicher Ertrag, (2) Ertrag aus einer Beteiligung, (3) Ertrag aus anderen Wertpapieren beziehungsweise Finanzausleihungen oder (4) Zins beziehungsweise sonstiger Ertrag in Betracht. Die genaue Positionsnummer hängt konkret von dem angewandten Kostenverfahren – Gesamtkosten- oder Umsatzkostenverfahren – ab. Konkret erfolgt der Ausweis von Dividenden in der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 10 HGB beziehungsweise Abs. 3 Nr. 9 HGB und der Ausweis von Zinserträgen gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 10 oder 11 HGB beziehungsweise Abs. 3 Nr. 9 oder 10 HGB. Hierbei kommt ein Ausweis gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 10 oder Abs. 3 Nr. 9 HGB insbesondere bei Wertpapieren des Anlagevermögens in Betracht.

Bei Vortrag der Erträge zum Geschäftsjahresende sind die entsprechenden Erträge vom Anleger auch zu diesem Zeitpunkt zu

versteuern. Wie bei der Thesaurierung ist außerbilanziell ein Ausgleichsposten zu bilden, um zu verhindern, dass bei einer späteren Ausschüttung der vorgetragenen Erträge beziehungsweise Veräußerung der Anteile Ertragsbestandteile doppelt besteuert werden. Da bei Vortrag oder Thesaurierung zum Fondsgeschäftsjahresende der Aktien Gewinn um die thesaurierten steuerfreien Erträge gekürzt wird, ist auch in Höhe dieser steuerfreien thesaurierten Dividenden ein Ausgleichsposten zu bilden.

Anleger von Spezialfonds haben Folgendes zu beachten: Sofern die vorgetragenen Erträge im nächsten Fondsgeschäftsjahr im Rahmen einer Zwischenausschüttung ausgeschüttet werden sollen, ist in Höhe dieser steuerfreien Ausschüttung der Ausgleichsposten aufzulösen.

Im Falle einer Ertragsausschüttung des Fonds erhalten Sie von Union Investment eine gesonderte Abrechnung nach folgendem Muster.

Beispiel einer Ertragsausschüttung im UnionDepot

Fonds:		Verwahrt: Girosammelverwahrung Lagerland: Bundesrepublik Deutschland		Hinweis: DEPOT-A	
Buchungs-/ Preisdatum	Umsatzart	Betrag/EUR	Ausgabe- aufschlag %	Preis/EUR	Anteile
	Vortrag vom 04.08.2015				28.879,828
	Gesamtausschüttung* 1	69.311,59			
	abgeführte Kapitalertragsteuer inklusive Solidaritätszuschlag	0,00			
13.11.2016					
12.11.2016	Wiederanlage	69.311,59	0,00	48,61	1.425,871
	Bestand am 13.11.2015				30.305,699

*1 Diese Abrechnung stellt keine Steuerbescheinigung dar. Nach Ablauf des Kalenderjahres erhalten Sie automatisch eine für Ihr gesamtes UnionDepot geltende Steuerbescheinigung. Zusätzlich erhalten Sie mit separater Post die Ertragsgutschrift/Informationen zum Fondsgeschäftsjahresende. Detaillierte Steuerinformationen aus dem Rechenschaftsbericht finden Sie auch unter www.union-investment.de/institutionelle/Kunden/Reporting. Bitte berücksichtigen Sie, dass Kapitalerträge steuerpflichtig sind.

Freistellungsbescheid Es liegt ein Freistellungsbescheid vor, dieser ist gültig bis 31.12.2015.

Zusätzliche Angaben für betriebliche Anleger

Preisdatum	Unterdepot- Nr.	Fondsname ISIN	Rücknahme- preis/Währung	Aktien Gewinn pro Anteil in %	Immobilien Gewinn pro Anteil in %	Zwischengewinn pro Anteil/EUR
13.11.2016		Rentenfonds DE0000000000	42,96 EUR	0,000 %	0,000 %	0,07

Beispiel 3: Ausschüttung eines Spezialfonds

Die A-GmbH erhält auf 1.311.473 Anteile an einem Spezialfonds im März 2016 eine Barausschüttung in Höhe von 0,00000000 EUR pro Anteil (insgesamt 0,- EUR). Sämtliche Erträge werden vorgetragen. Das Fondsgeschäftsjahr begann am 1. März 2015. Vom Fonds werden (zusätzlich zur Barausschüttung) die anrechenbare oder zu erstattende Kapitalertragsteuer in Höhe von 6.811,77 EUR und der darauf entfallende Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 Prozent (347,65 EUR) auf inländische Dividenden abgeführt. Der Zinsanteil beträgt 1,13748515 EUR pro Anteil gleich insgesamt 3.710.325,26 EUR, der inländische Dividendenanteil, auf den KESt in Höhe von 25 Prozent abzuführen ist, beträgt 0,00835231 EUR pro Anteil gleich insgesamt 27.247,06 EUR. Der gesamte, allerdings nicht mehr ausschließlich nach § 8b Abs. 1 KStG begünstigte Dividendenanteil beträgt insgesamt 135.340,26 EUR. Da es sich um einen Spezialfonds handelt wird die Kapitalertragsteuer durch den Fonds bzw. die Kapitalverwaltungsgesellschaft und nicht durch die depotführende Stelle abgeführt. Von der Kapitalertragsteuer auf Zinsen sowie die neuen Abzugstatbestände wird aufgrund der Charakteristika des Anlegers Abstand genommen.

**Barausschüttung =
Gesamtausschüttung ./ KESt (inländische Dividenden und inländische Mieten) 25%
./ SolZ 5,5%**

Union Investment legt auf Fondsebene die Barausschüttung pro Anteil fest. Unter der Barausschüttung eines Investmentfonds versteht man den Ertrag eines Investmentfonds, der dem Anteilscheininhaber im Wege der Kontogutschrift oder durch Barauszahlung zufließt. Bei Spezialfonds führt seit 2012 die Kapitalverwaltungsgesellschaft die Kapitalertragsteuer auf sämtliche Erträge ab. Die depotführende Stelle schreibt letztlich nur den um die Steuer reduzierten Betrag dem Anleger gut.

Zuzüglich zur Barausschüttung wird vom inländischen Fonds Kapitalertragsteuer (KESt) in Höhe von 25 Prozent und darauf Solidaritätszuschlag (SolZ) in Höhe von 5,5 Prozent auf inländische Dividenden und inländische Mieten abgeführt. Für die

Ermittlung der abzuführenden Kapitalertragsteuer (KESt) werden die individuellen Charakteristika des Anlegers (z. B. NV-Bescheinigung, Interbankenprivileg) zugrunde gelegt.

Die Abrechnung der depotführenden Stelle erfolgt anschließend über die **Gesamtausschüttung** (Barausschüttung zuzüglich KESt (**inländische Dividenden**) 25 Prozent zuzüglich SolZ 5,5 %).

Hinweis: Für Ausschüttungen erhält der Spezialfonds-Anleger seit dem Jahr 2012 seine Steuerbescheinigungen erstmalig nicht mehr von der depotführenden Stelle, sondern vielmehr von der Kapitalverwaltungsgesellschaft.

Der Fonds schüttet nicht den gesamten zur Verfügung stehenden ordentlichen Nettoertrag aus, sondern weist einschließlich der nicht abzugsfähigen Aufwendungen ausschüttungsgleiche Erträge in Höhe von 3.839.016,25 Euro aus. Da die ausschüttungsgleichen Erträge zum Zeitpunkt des Vortrages handelsrechtlich zu keiner erfolgswirksamen Buchung führen und auf der anderen Seite steuerrechtlich erfolgswirksam zu verbuchen sind, kommt es zur Bildung eines aktiven steuerlichen Ausgleichspostens. Bei der Veräußerung/

Rückgabe der entsprechenden Fondsanteile führt die Auflösung des steuerlichen Ausgleichspostens dazu, dass die vormals thesaurierten Beträge nun steuerlich unberücksichtigt bleiben.

Die abgeführte Kapitalertragsteuer stellt für die A-GmbH eine Steuervorauszahlung dar, die diese mit ihrer Körperschaftsteuer-schuld verrechnen kann.

Bei der **Ermittlung des zu versteuern- den Einkommens** der A-GmbH ist keine außerbilanzielle Korrektur des steuerbilanziellen Gewinns erforderlich, da nach dem 28. Februar 2013 zugeflossene Dividenden

für Kapitalgesellschaften nicht mehr nach § 8b Abs. 1 KStG steuerfrei sind. Der steuerbilanzielle Gewinn ist hier nicht um die Erträge im Sinne des § 8b Abs. 1 KStG (im Beispiel die Dividenden) außerbilanziell zu korrigieren. Im Falle steuerfreier Dividenden wäre dagegen der Gewinn bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens des Anlegers gemäß § 8b Abs. 5 KStG um 5 Prozent dieser Erträge wieder zu erhöhen, da 5 Prozent der Erträge als nichtabzugsfähige Betriebsausgaben gelten. Im Ergebnis wären somit 95 Prozent der Dividenden erträge steuerfrei.

Aus der Ausschüttung ergeben sich folgende Buchungen (Beträge in Euro):

	Handelsbilanz		Steuerbilanz	
	Soll	Haben	Soll	Haben
Bankguthaben	0,-		0,-	
Kapitalertragsteuer	6.811,77		6.811,77	
Solidaritätszuschlag	374,65		374,65	
Anrechenbare Quellensteuer Zinsen	13.817,33		13.817,33	
Anrechenbare Quellensteuer Dividenden	0,-		0,-	
Fiktive Quellensteuer Zinsen	15.428,57		15.428,57	
Steuerertrag		15.428,57		15.428,57
DBA-steuerfreie Erträge		0,00		0,00
Dividendenerträge (nicht § 8b Abs. 1 KStG relevant)				135.340,26
Zinsen und sonstige Erträge		21.003,75		3.710.862,41
Steuerlicher Ausgleichsposten			3.825.198,92	

2. Thesaurierung

Auch wenn bei der Thesaurierung dem Anleger keine Erträge zufließen, gelten die ordentlichen Erträge dem Anleger nach § 2 Abs. 1 InvStG dennoch mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres steuerlich als zugeflossen und sind somit auch zu versteuern. Da sich die thesaurierten Erträge auch im Anteilpreis niederschlagen, ist darauf zu achten, dass diese Ertragsbestandteile bei Veräußerung des Fondsanteils nicht erneut der Besteuerung unterliegen. Aus diesem Grunde wird üblicherweise im Jahr der Thesaurierung ein außerbilanzieller Ausgleichsposten in Höhe der Differenz zwischen den zu versteuernden thesaurierten Erträgen und den gebuchten anrechenbaren Steuern (KESt und SolZ) gebildet. Dieser Ausgleichsposten ist bei späterer Veräußerung der Anteile beziehungsweise bei Ausschüttung dieser Erträge erfolgswirksam auszubuchen. Hierdurch lässt sich eine Doppelerfassung der in den Erlösen enthaltenen thesaurierten Erträge vermeiden.

Im Gegensatz zur Steuerbilanz sind in der Handelsbilanz bei Thesaurierung nur die anrechenbaren Steuern (Steuervorauszahlungen) zu buchen.

Beispiel 4: Thesaurierender Fonds*

Ein thesaurierender Fonds, von dem die A-GmbH schon vor Jahren ebenfalls 10.000 Anteile erworben hat, thesauriert per 30. September 2016 (Geschäftsjahresbeginn am 1. Oktober 2015) einen Betrag in Höhe von 1,7006 EUR pro Anteil (insgesamt 17.006,- EUR). Kapitalertragsteuer war vom Fonds nicht abzuführen; stattdessen wurde den depotführenden Stellen

eine Steuerliquidität von 0,46 EUR je Anteil zur Verfügung gestellt. Der Zinsanteil betrug 0,0000 EUR pro Anteil (insgesamt 0,- EUR) und der Dividendenanteil 1,7006 EUR pro Anteil (insgesamt 17.006,- EUR).

Bei betrieblichen Anlegern ist bei der Ausweissystematik der steuerlichen Hinweise für thesaurierende Publikumsfonds zu beachten, dass die Anrechnung der anrechenbaren ausländischen Quellensteuern auf die inländische Kapitalertragsteuer nur für natürliche Personen als Privatanleger zu berücksichtigen ist. Für betriebliche Anlegergruppen erfolgt die Anrechnung gem. § 34c EStG auf die inländische Einkommensteuer und bei Körperschaften gem. § 26 KStG auf die Körperschaftsteuer im Rahmen der Veranlagung.

Hinweis: Die Kapitalertragsteuer sowohl auf Zinsen und sonstige Erträge als auch auf in- und ausländische Dividenden wird bei einem deutschen thesaurierenden Publikumsfonds seit dem Jahr 2012 von der depotführenden Stelle abgeführt. Zu diesem Zweck stellt die Fondsgesellschaft den depotführenden Stellen die sogenannte Steuerliquidität zur Verfügung. Dabei handelt es sich um den höheren der beiden Beträge, die für private beziehungsweise für betriebliche Anleger abzuführen wären. Die Unterschiede zwischen den beiden Beträgen ergeben sich aus der Berücksichtigung der Kirchensteuer und deren Sonderausgabenabzug sowie der Anrechenbarkeit der ausländischen Quellensteuer beim Privatanleger. Beides ist bei betrieblichen Anlegern nicht möglich. Sofern die für Privatanleger ermittelte Steuerliquidität höher ist als diejenige für betriebliche Anleger und demzufolge von der Kapitalverwaltungsgesellschaft zur Verfügung gestellt wird,

erhalten die betrieblichen Anleger die Differenz von ihrer depotführenden Stelle als Gutschrift. Insofern kann auch bei einem thesaurierenden Fonds eine Bankgutschrift erfolgen.

Die Steuerliquidität beträgt 0,46 EUR je Anteil (entspricht 4.600,- EUR für die 10.000 Anteile der A-GmbH). Für die A-GmbH wurde von der depotführenden Stelle nur Kapitalertragsteuer auf die vom Fonds erzielten inländischen Dividenden in Höhe von 0,0789 EUR je Anteil (entspricht 789,- EUR für die 10.000 Anteile der A-GmbH) abgeführt. Hinsichtlich der ausländischen Dividenden war keine Kapitalertragsteuer abzuführen, da diese zu den sog. neuen Abzugstatbeständen zählen, so dass die depotführende Stelle für Kapitalgesellschaften von der Kapitalertragsteuer Abstand nehmen kann. Die Kapitalertragsteuer auf inländische Dividenden beläuft sich auf 0,0197 EUR je Anteil (197,- EUR für 10.000 Anteile), der hierauf entfallende Solidaritätszuschlag beträgt 0,0011 EUR (11,- EUR für 10.000 Anteile). Da die bereitgestellte Steuerliquidität die Summe aus Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag übersteigt, erhält die A-GmbH in Höhe der Differenz eine Gutschrift von 4.392,- EUR

Der steuerliche Ausgleichsposten ermittelt sich dabei als Differenz zwischen den thesaurierten (ausschüttungsgleichen) Erträgen einerseits und den abgeführten beziehungsweise gezahlten Quellensteuern andererseits.

Bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens der A-GmbH wäre der steuerbilanzielle Gewinn außerbilanziell um die Erträge im Sinne des § 8b Abs. 1 KStG zu

*Für das nachfolgende Beispiel wurde der UniFavorit: Aktien I herangezogen.

korrigieren, sofern der Fonds Dividenden-erträge erzielt hätte. In einem weiteren Schritt wären gemäß § 8b Abs. 5 KStG 5 Prozent der Dividenden-erträge hinzuzu-rechnen, da dieser Betrag als nicht abzugs-fähige Betriebsausgabe gilt.

Auch bei einem Vortrag der Erträge zum Ge-schäftsjahresende sind die entsprechenden Erträge vom Anleger zu diesem Zeitpunkt zu versteuern. Wie bei der Thesaurierung ist ebenfalls außerbilanziell ein Ausgleichs-posten zu bilden, um zu verhindern, dass bei einer späteren Ausschüttung der vor-getragenen Erträge beziehungsweise einer Veräußerung der Anteile Ertragsbestand-teile doppelt besteuert werden. Da bei Vortrag oder Thesaurierung zum Fondsgeschäftsjahresende der Aktiengewinn um die thesaurierten steuerfreien Erträge gekürzt wird, ist auch in Höhe dieser steuerfreien thesaurierten Dividenden ein Ausgleichs-posten zu bilden. Sofern die vorgetragenen Erträge im nächsten Fondsgeschäftsjahr im Rahmen einer Zwischenausschüttung aus-geschüttet werden, ist in Höhe dieser steuer-freien Ausschüttung der Ausgleichs-posten aufzulösen.

Ermittlung des steuerlichen Ausgleichspostens:

Ausschüttungsgleiche Erträge	1,7006 Euro
Bankgutschrift	./. 0,4392
Kapitalertragsteuer	./. 0,0197 EUR
Solidaritätszuschlag	./. 0,0011 EUR
Im Geschäftsjahr gezahlte Quellensteuer	./. 0,1822
Steuerlicher Ausgleichsposten	1,0584*

*Entspricht 10.584,- Euro für 10.000 Anteile.

Hieraus ergeben sich für Sie folgende Buchungen (Beträge in Euro):

	Handelsbilanz		Steuerbilanz	
	Soll	Haben	Soll	Haben
Bank	4.392,-		4.392,-	
Kapitalertragsteuer	197,-		197,-	
Solidaritätszuschlag	11,-		11,-	
Anrechenbare Quellensteuer auf Zinsen	1.694,-		1.649,-	
Dividenden (nicht § 8b Abs. 1 KStG)		6.422,-		17.006,-
Steueraufwand	173,00		173,00	
Steuerlicher Ausgleichsposten			10.584,-	

6. Behandlung von ausländischen Fonds

Aufstellung der Ausschüttung:

Ausschüttung	Pro Anteil 0,5700 Euro	Gesamt 5.700,- Euro
Die Bemessungsgrundlage für Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag wird mit 0,6178 Euro im Rechenschaftsbericht ausgewiesen.		
Ausgeschüttete Erträge	Pro Anteil 0,5884 Euro	5.884,- Euro
Ausschüttungsgleiche Erträge	Pro Anteil 0,0294 Euro	294,- Euro
Kapitalertragsteuerpflichtiger Anteil	Pro Anteil 1,6178 Euro	6.178,- Euro
./. sog. neue Abzugstatbestände	Pro Anteil 0,2785 Euro	2.785,- Euro
= KESt-Bemessungsgrundlage	Pro Anteil 0,3393 Euro	3.393,- Euro
Darauf Kapitalertragsteuer (25 %)	Pro Anteil 0,0848 Euro	848,25 Euro
Darauf Solidaritätszuschlag (5,5 %)	Pro Anteil 0,0047 Euro	46,65 Euro
Es ergibt sich folgende Abrechnung:		
Ausschüttung	Pro Anteil 0,5700 Euro	5.700,- Euro
Kapitalertragsteuer (25 %)	Pro Anteil 0,0848 Euro	848,25 Euro
Solidaritätszuschlag (5,5 %)	Pro Anteil 0,0047 Euro	46,65 Euro
Gutschrift	Pro Anteil 0,4805 Euro	4.805,10 Euro

Beispiel 5: Ausschüttung eines ausländischen Fonds*

Die A-GmbH erwarb am 10. Mai 2016 insgesamt 10.000 Anteile an einem ausschüttenden luxemburgischen Fonds. Am 15. November 2016 erhält die A-GmbH auf die 10.000 Anteile eine Ausschüttung in Höhe von 0,5700 Euro pro Anteil.

Ein Betrag von 4.805,10 Euro wird dem Anleger gutgeschrieben.

*Für das nachfolgende Beispiel wurde der UnilInstitutional IMMUNO Nachhaltigkeit herangezogen. Eine ausführliche Darstellung entnehmen Sie bitte dem Steuerleitfaden für betriebliche Anleger für den Veranlagungszeitraum 2015.

Hieraus ergeben sich für den Anleger folgende Buchungssätze (Beträge in Euro):

	Handelsbilanz		Steuerbilanz	
	Soll	Haben	Soll	Haben
Bankguthaben	4.805,10		4.805,10	
Kapitalertragsteuer	848,25		848,25	
Solidaritätszuschlag	46,65		46,65	
Anrechenbare Quellensteuer auf Dividenden	0,-		0,-	
Anrechenbare Quellensteuer Zinsen	288,-		288,-	
Steuerertrag				
Dividenden (nicht § 8b KStG)		2.785,-		2.785,-
Zinsen und sonstige Erträge		3.203,-		3.393,-
Quellensteuerertrag				104,-
Steuerlicher Ausgleichsposten			294,-	

Beispiel 6: Thesaurierung eines ausländischen Fonds**

Ein thesaurierender ausländischer Fonds, von dem die A-GmbH im Jahr 2016 insgesamt 10.000 Anteile (Anteilpreis 112,84 EUR, akkumulierter thesaurierter Ertrag 0,- EUR, Zwischengewinn 0,- EUR) erworben hat, thesauriert per 30. September 2016 in voller Höhe die Erträge in Höhe von 2,3638 EUR pro Anteil (insgesamt 23.638,- EUR). Ein Abzug von Kapitalertragsteuer ist bei ausländischen thesaurierenden Fonds nur bei einer Veräußerung oder der Rückgabe der Anteile vorzunehmen. Eine Bereitstellung von Steuerliquidität ist bei ausländischen thesaurierenden Fonds gesetzlich ebenfalls nicht vorgesehen, so dass auch keine Abführung von Kapitalertragsteuer durch die depotführenden Stellen erfolgt. Allerdings vereinnahmt der ausländische – anders als der inländische – Fonds die inländischen Dividenden erst nach Abzug der Kapitalertragsteuer durch die ausschüttende inländische Kapitalgesellschaft.

Hieraus ergeben sich folgende Buchungen (Beträge in Euro):

	Handelsbilanz		Steuerbilanz	
	Soll	Haben	Soll	Haben
Dividendenerträge (nicht § 8b Abs. 1 KStG)				23.492,-
Zinsen / sonstige Erträge				146,-
Anrechenbare QSt Zinsen	1.615,-		1.615,-	
Steuerertrag		1.615,-		
Steueraufwand			2.598,-	
Steuerlicher Ausgleichsposten			19.425,-	
Thesaurierung	Pro Anteil 2,3638 Euro		Gesamt 23.638,- Euro	

**Für das nachfolgende Beispiel wurde der UniInstitutional-European Equities Concentrated herangezogen.

Beispiel 7: Veräußerung beziehungsweise Rückgabe eines ausländischen thesaurierenden Fonds***

Die A-GmbH verkauft am 12. Januar 2017 die im März 2016 zu 112,80 EUR erworbenen 10.000 Anteile eines ausländischen thesaurierenden Fonds zu einem Preis von 124,08 EUR pro Anteil, insgesamt also zu 1.240.800,- EUR. Von dem Veräußerungserlös entfallen pro Anteil 2,3638 EUR (insgesamt 23.638,- EUR) auf Erträge, die seit Erwerb der Fondsanteile thesauriert wurden; (siehe vorangehendes Beispiel 6 zur „Thesaurierung eines ausländischen Fonds“). Der Zwischengewinn zum 12. Januar 2017 beläuft sich auf 0,- EUR. Der auf die individuelle Haltedauer entfallende akkumulierte thesaurierte Ertrag einschließlich Zwischengewinn betrug somit 2,3638 EUR (= 2,3638 EUR + 0,- EUR). Dieser Betrag ist bei ausländischen Fonds gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 3 InvStG als Bemessungsgrundlage für die Kapitalertragsteuer heranzuziehen.

Unter Berücksichtigung der Kapitalertragsteuer in Höhe von 5.909,50 EUR und des darauf anfallenden Solidaritätszuschlages in Höhe von 325,02 EUR wird der Veräußerungserlös in Höhe von 1.234.565,48 EUR dem Konto gutgeschrieben.

In den ausgewiesenen akkumulierten thesaurierten Erträgen sind lediglich die im Veranlagungszeitraum 2016 steuerpflichtigen Erträge enthalten, nicht enthalten sind z. B. Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren, die nach dem 1. Januar 2009 für nicht-betriebliche Anleger ebenfalls kapitalertragsteuerpflichtig sind.

Wie bereits bei der Thesaurierung (Beispiel 6) beschrieben wurde, ist während der Haltedauer des Fonds jeweils in Höhe der dem Anleger als zugeflossen geltenden Erträge (in diesem Fall abzüglich der anrechenbaren Quellensteuer) ein aktiver steuerlicher Ausgleichsposten zu bilden. Dieser ist bei Veräußerung des Fondsanteils aufwandswirksam aufzulösen. Im Jahr 2016 galten Erträge in Höhe von 2,3638 EUR pro Anteil steuerlich als zugeflossen, so dass sich die Buchungen zu diesem Zeitpunkt wie im vorangehenden Beispiel 6 darstellen.

Anteilwerte bei Thesaurierung (Bemessungsgrundlage für den Kapitalertragsteuerabzug):

Thesaurierte Erträge seit Erwerb (Ausweis laut Rechenschaftsbericht)	Pro Anteil 2,3638 Euro	23.638,- Euro
Zwischengewinn	Pro Anteil 0,- Euro	0,- Euro
Bemessungsgrundlage	Pro Anteil 2,3638 Euro	23.638,- Euro
Darauf Kapitalertragsteuer (25 %)	Pro Anteil 0,5910 Euro	5.909,50 Euro
Darauf Solidaritätszuschlag (5,5 %)	Pro Anteil 0,0325 Euro	325,02 Euro

Hieraus ergeben sich folgende Buchungen (Beträge in Euro):

	Handelsbilanz		Steuerbilanz	
	Soll	Haben	Soll	Haben
Bankguthaben	1.234.565,48		1.234.565,48	
Kapitalertragsteuer	5.909,50		5.909,50	
Solidaritätszuschlag	325,02		325,02	
Sonstige Wertpapiere		1.128.400,-		1.128.400,-
Veräußerungsgewinn		112.400,-		92.975,-
Steuerlicher Ausgleichsposten				19.425,-

Im Rahmen der Veräußerung im Jahr 2017 fällt Kapitalertragsteuer auf die akkumulierten thesaurierten Erträge der Haltedauer (2,3638 EUR pro Anteil) sowie auf den Zwischengewinn (0,- EUR pro Anteil) an. Die kapitalertragsteuerpflichtigen Erträge belaufen sich somit insgesamt auf 23.638,- EUR (2,3638 EUR pro Anteil).

Die steuerpflichtigen Zinsen und ähnlichen Erträge belaufen sich für 2017 im Ergebnis auf 0,- EUR (entspricht 0,- EUR pro Anteil). Dies ist derjenige Anteil der steuerpflichtigen Zinsen und anderen Erträge, der tatsächlich im Jahr 2017 bzw. seit der letzten Thesaurierung angefallen ist.

Darüber hinaus können weitere Erträge wie z. B. Veräußerungsgewinne innerhalb des Fonds anfallen, die bei Veräußerung der Anteile durch den Anleger ebenfalls als Veräußerungsgewinn zu versteuern sind. Aus dem handelsbilanziellen Veräußerungsgewinn bzw. -verlust abzüglich der steuerpflichtigen

Zinsen und ähnlichen Erträge zuzüglich der gezahlten abzüglich der erstatteten Quellensteuer ergibt sich der steuerliche Veräußerungsgewinn in Höhe von 92.975,- EUR (= (124,08,- EUR – 112,84 EUR – 2,3638 EUR + 0,4213 EUR) * 10.000 Anteile).

*** Für das nachfolgende Beispiel wurde weiterhin der UninstitutionalEuropean Equities Concentrated herangezogen.

7. Bewertung von Fondsanteilen in den Folgejahren

Bilanziell sind **Wertsteigerungen** über die Anschaffungskosten während der Haltedauer der Fondsanteile unbeachtlich, sodass die Bildung stiller Reserven möglich ist. Entsprechend dem Realisationsprinzip sind Wertsteigerungen erst dann zu berücksichtigen, wenn sie durch Rückgabe, Veräußerung oder Entnahme des Anteilscheins realisiert werden.

Wertminderungen der Fondsanteile können zu Abschreibungen führen, sofern zum Bilanzstichtag die Anschaffungskosten unterschritten werden. Inwiefern Fondsanteile mit einem niedrigeren Wert in der Handelsbilanz anzusetzen sind, hängt insbesondere von der Zuordnung zum Anlage- oder Umlaufvermögen ab.

Während im Anlagevermögen das gemilderte Niederstwertprinzip gilt, wonach Abschreibungen nur bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen erforderlich sind, ist im Umlaufvermögen das strenge Niederstwertprinzip anzuwenden. Anteile im Umlaufvermögen sind somit in der Handelsbilanz immer mit dem niedrigeren der beiden Werte – Anschaffungskosten beziehungsweise Wert am Bilanzstichtag – anzusetzen. Kapitalgesellschaften können auf Fondsanteile keine steuerlich wirksamen Teilwertabschreibungen vornehmen, soweit

die Wertminderung auf im Fonds enthaltene Aktien zurückzuführen ist. Für sonstige betriebliche Anleger, insbesondere Personengesellschaften, gilt dies anteilig zu 40 Prozent (Teileinkünfteverfahren).

Anlagen in Investmentfonds haben in der Regel einen mittel- bis längerfristigen Charakter. Insofern steht unseres Erachtens einer Umwidmung von institutionellen Fonds und Publikumsfonds vom Umlaufvermögen in das Anlagevermögen grundsätzlich nichts entgegen. Es darf dann aber keine kurzfristige Veräußerung oder volumenmäßig gravierende Umschichtung dieser Bestände in naher Zukunft erfolgen, es sei denn, dass plausible, am Abschlussstichtag unvorhersehbare Gründe für eine spätere neuerliche Umgruppierung sprechen.

Auch Teilumwidmungen sind zulässig. Eine lediglich kurzzeitige Überführung von Fondsanteilen aus dem Umlauf- in das Anlagevermögen ist nicht zulässig und würde vom Abschlussprüfer beanstandet werden.

In der Steuerbilanz können Teilwertabschreibungen nur bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorgenommen werden. Demzufolge kann es im Einzelfall handelsrechtlich zu einer Abschreibung kommen, die steuerlich nicht nachvollzogen wird. Ansatzpunkte für die Vermeidung einer Teilwertabschreibung können nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) sein: entweder Anhaltspunkte für „alsbaldige Wertaufholungen“ oder „außergewöhnliche Ereignisse“, deren Auswirkungen vorhersehbar nur von begrenzter Zeitdauer sind.*

Möglicherweise ist somit zu einem späteren Zeitpunkt eine **Wertaufholung** vorzunehmen. Das bilanzielle Wertaufholungsgebot aktualisiert sich, sofern bei einer Abschreibung wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung später die Gründe für diese Einschätzung entfallen. In der Steuerbilanz sind die Anteile dann dementsprechend wieder zuzuschreiben.

Soweit sich eine Teilwertabschreibung steuerlich nicht oder nur anteilig ausgewirkt hat, bleibt eine spätere Wertaufholung in demselben Umfang steuerfrei.

*Unter anderem BFH-Urteil vom 8. Juni 2011, Az. I R 98/10.

8. Spezialfonds

Bei Spezialfonds handelt es sich um Investmentfonds, die grundsätzlich keine natürlichen Personen als Anleger haben dürfen.

Handelsbilanziell und auch steuerlich werden Spezialfonds grundsätzlich wie Publikumsfonds behandelt. Voraussetzung für das Vorliegen eines Spezialfonds ist aus investimentsteuerrechtlichen Vorgaben, dass dieser aufgrund einer schriftlichen Vereinbarung mit der Kapitalverwaltungsgesellschaft oder satzungsgemäß höchstens 100 Anleger hat (§ 15 Abs. 1 InvStG).

Im Rahmen der Bilanzierung nach IFRS sind Spezialfonds unter bestimmten Umständen zu konsolidieren. Abweichend vom Grundsatz, dass Fondsanteile ansonsten als Wertpapier zu bilanzieren sind, müssen betriebliche Anleger, die als kapitalmarktnahe Konzerne nach dem internationalen Rechnungslegungsstandard IFRS bilanzieren, im Falle einer Konsolidierung die einzelnen Positionen des Fonds in der Bilanz aufführen.

Union Investment unterstützt Sie hierbei mit der Bereitstellung von Schnittstellen und Informationen.

Auch nach der Verabschiedung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) geht das Gesetz nicht von einer Konzernabschlusspflicht nach Handelsgesetzbuch (HGB) für Spezialfonds aus. Der Gesetzgeber sieht für Investmentfonds beziehungsweise Spezialfonds jedoch erweiterte Informationspflichten in den Pflichtangaben im Anhang des Einzel- beziehungsweise Konzernabschlusses vor. Detailliertere Angaben sind insbesondere dann erforderlich, wenn die Beteiligung an einem Investmentfonds die Grenze von 10 Prozent überschreitet (§ 285 Nr. 26 HGB; § 314 Abs. 1 Nr. 18 HGB).

Im Anhang des Einzel- beziehungsweise Konzernabschlusses sind nach dem Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) gegebenenfalls folgende Angaben zu machen:

Wegen der Besonderheiten von Spezialfonds, die an dieser Stelle nicht in ihrer ganzen Breite aufgezeigt werden können, möchten wir auf unseren ausführlichen „Steuerleitfaden für betriebliche Anleger 2016“ verweisen. Diesen stellen wir Ihnen ergänzend gerne zur Verfügung.

Fondsname	
Herkunftsstaat	
Anlageziel (Anlagerisiko)	
Anteilwert zum Abschlussstichtag	
Differenz zum Buchwert	
Für das Geschäftsjahr erfolgte Ausschüttung <small>Das heißt vereinnahmte Ausschüttungen</small>	Euro: <input type="text"/> Ausschüttungsbeschluss: <input type="text"/> . <input type="text"/> . 20 <input type="text"/> .
Beschränkungen der täglichen Rückgabemöglichkeit	

9. Pensionszusagen

Sollten die im Betriebsvermögen gehaltenen Fondsanteile zur Rückdeckung von Versorgungszusagen an Mitarbeiter bestimmt sein, so sind für die Rückstellungsbildung in der Bilanz einige Besonderheiten zu berücksichtigen.

Die Direktzusage auf Alters-, Hinterbliebenen- und/oder Invaliditätsversorgung ist die meistgenutzte Form der betrieblichen Altersversorgung. Hierbei wird dem Versorgungsberechtigten ein Rechtsanspruch auf die Versorgungsleistungen gegen den (ehemaligen) Arbeitgeber eingeräumt. Für diese zukünftigen Verpflichtungen¹ sind auf der Passivseite der Bilanz Pensionsrückstellungen zu bilden.

1. Besonderheiten in der Steuerbilanz

Bei der Bilanzierung von unmittelbaren Pensionsverpflichtungen in der Steuerbilanz sind die besonderen einkommensteuerlichen Vorschriften des § 6a EStG zu beachten.

Gemäß § 6a Abs. 1 EStG sind Grundvoraussetzungen für die Bildung einer steuerlichen Pensionsrückstellung, dass ein Rechtsanspruch auf eine einmalige oder

laufende Pensionsleistung besteht, die Versorgungszusage schriftlich erteilt wurde und sie keine schädlichen Vorbehalte enthält.

§ 6a Abs. 3 EStG sieht vor, dass eine Pensionsrückstellung höchstens mit dem „Teilwert“ der Pensionsverpflichtung angesetzt werden darf. Das Teilwertverfahren führt dazu, dass der nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Pensionsaufwand (Barwert der künftigen Pensionsleistungen) unter Berücksichtigung eines gesetzlich vorgeschriebenen Zinssatzes von 6 Prozent gleichmäßig auf die ganze Zeit vom Dienst Eintritt bis zum vertraglichen Pensionierungsalter verteilt wird.

Eine steuerliche Rückstellung darf frühestens für das Wirtschaftsjahr gebildet werden, bis zu dessen Mitte der Versorgungsberechtigte entweder das 27. Lebensjahr² vollendet hat oder in dessen Verlauf die Versorgungsanwartschaft gemäß den Vorschriften des Betriebsrentengesetzes unverfallbar³ wird (§ 6a Abs. 2 Nr. 1 EStG).

Wird eine Versorgungszusage später als im Jahr des Eintritts erteilt oder erhöht sie sich in den Folgejahren, dann muss zum Bilanzstichtag des Jahres der Erteilung oder Erhöhung der Versorgungszusage eine erhöhte Einmalrückstellung gebildet werden, die dem auf alle zurückliegenden Dienstjahre ab Dienst Eintritt, frühestens ab dem 27. Lebensjahr, entfallenden Pensionsaufwand entspricht. Diese Erstrückstellung darf aber, um die hieraus resultierenden Bilanz Auswirkungen zu glätten, gegebenenfalls auf drei Wirtschaftsjahre verteilt werden.

Bei Eintritt eines vorzeitigen Versorgungsfalles (Invalidität oder Tod des Versorgungsberechtigten) und beim vorzeitigen Ausscheiden aus dem Dienstverhältnis unter Aufrechterhaltung eines Teilanspruchs ist der Rückstellungsbetrag auf den Barwert der aufrechterhaltenen Anwartschaft aufzufüllen. Auch hier ist gegebenenfalls (wenn sich der Barwert um mehr als 25 Prozent erhöhen würde) eine Verteilung auf drei Jahre möglich.

Für – im steuerlichen Sinne – beherrschende Gesellschafter-Geschäftsführer gibt es zusätzlich zu den Anforderungen des § 6a EStG noch weitere Anforderungen, um die erforderliche betriebliche Veranlassung zu gewährleisten. So müssen die Zusagen ernsthaft, angemessen, in der ausstehenden Dienstzeit noch erdienbar sowie für das Unternehmen finanzierbar sein.

Auf der Aktivseite der Steuerbilanz wird der Anspruch aus der Fondsanlage im Anlagevermögen ausgewiesen. Die Fondsanteile sind zunächst mit den Anschaffungskosten zu aktivieren, die sich aus der Kaufabrechnung im UnionDepot ergeben. Die Bilanzierung erfolgt in der Folgezeit nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

¹ Für vor dem 01.01.1987 erteilte Versorgungszusagen besteht ein Passivierungswahlrecht.

² Wurde die Zusage erstmals vor dem 01.01.2009 erteilt, darf die Rückstellung frühestens für das Wirtschaftsjahr gebildet werden, bis zu dessen Mitte der Pensionsberechtigte das 28. Lebensjahr vollendet. Für Zusagen vor dem 01.01.2000 gilt das 30. Lebensjahr.

³ Bei Versorgungszusagen, die auf einer Entgeltumwandlung beruhen, tritt eine sofortige gesetzliche Unverfallbarkeit gemäß § 1b Abs. 5 BetrAVG ein. Bei durch den Arbeitgeber finanzierten Versorgungszusagen, die nach dem 31.12.2008 erteilt werden, tritt gesetzliche Unverfallbarkeit nach fünfjährigem Bestehen der Zusage und frühestens mit Vollendung des 25. Lebensjahres ein, § 1b Abs. 1 Satz 1 BetrAVG, § 52 Abs. 17 EStG. Erstmalsiger Ansatz in der Steuerbilanz zum Stichtag 31.12.2013.

⁴ Entspricht der international vorgeschriebenen PUC-Methode (Projected Unit Credit-Methode).

2. Besonderheiten in der Handelsbilanz

Die Rückstellungen sind in der Handelsbilanz zwingend mit ihrem wahrscheinlichen Erfüllungsbetrag, also unter näherungsweise Berücksichtigung sämtlicher für die spätere Leistungshöhe maßgeblicher Faktoren, wie zum Beispiel Gehalts- und Rententrend, Leistungswahrscheinlichkeit und Inflation, anzusetzen. Die Abzinsung erfolgt dabei zum Bilanzstichtag mit dem jeweils von der Deutschen Bundesbank vorgegebenen, durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten 7 Jahre (für Bilanzstichtage ab dem Jahre 2016 dann 10 Jahre). Aus Vereinfachungsgründen wird der Zinssatz in der Regel für eine Restlaufzeit der Pensionsverpflichtungen, unabhängig von deren individueller Laufzeit, pauschal mit 15 Jahren angesetzt. Der Zinssatz zum 31. Juli 2016 beträgt 4,14 Prozent p.a.

Auch die Bewertungsmethode ist – anders als im Steuerrecht – nicht zwingend vorgeschrieben. Neben der modifizierten Teilwertmethode kann auch eine Anwartschaftsbarwertmethode⁴ eingesetzt werden, bei der die bis zum jeweiligen Bilanzstichtag

erdiente Anwartschaft durch einen Einmalbeitrag ausfinanziert wird. Im Ergebnis wird damit der handelsbilanzielle Rückstellungswert in der Regel höher als der steuerliche Rückstellungswert ausfallen. Er kann in Einzelfällen aber auch niedriger sein.

Bei sogenannten wertpapiergebundenen Pensionszusagen, bei denen die Versorgungsleistungen – neben einer garantierten Versorgungsleistung – von dem Wert der Wertpapiere (meist Investmentfonds) abhängen, gilt nach Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) der Zeitwert der Wertpapiere als Erfüllungsbetrag, soweit der abgezinsten Garantiebetrags überschritten wird.

Sind die Wertpapiere darüber hinaus noch an den Versorgungsberechtigten verpfändet oder durch ein Treuhandmodell anderen Gläubigern entzogen, wird der Wert der Wertpapiere mit dem Rückstellungswert saldiert. Zu saldierende Vermögenswerte werden dabei mit dem aktuellen Zeitwert (Kurswert) angesetzt und sind nicht begrenzt auf die ursprünglichen Anschaffungskosten. Damit können eventuell vorhandene stille Reserven beim handelsbilanziellen Ansatz Berücksichtigung finden, ohne dass diese durch einen Verkauf der Wertpapiere tatsächlich realisiert werden müssen.

Für alle Fragen rund um die betriebliche Altersversorgung und Zeitwertkonten steht Ihnen die compertis, Beratungsgesellschaft für betriebliches Vorsorgemanagement mbH (www.compertis.de) zur Verfügung.

10. Rückblick und Ausblick

Die zum 1. Januar 2009 in Kraft getretene Abgeltungsteuer ist rein formal zwar Bestandteil der Unternehmensteuerreform, sie findet im betrieblichen Bereich jedoch keine Anwendung. Dennoch wird ab diesem Zeitpunkt auf etwaige Veräußerungs- und Rückgabegewinne im Fondsbereich auch bei betrieblichen Anlegern grundsätzlich ein Kapitalertragsteuerabzug von 25 Prozent vorgenommen, wenn keine entsprechende Freistellung kraft Rechtsform beziehungsweise auf Antrag erfolgt. Der Abgeltungsteuerabzug hat bei dieser Anlegergruppe jedoch keine abgeltende Wirkung, sondern stellt lediglich eine Steuervorauszahlung auf deren Steuerschuld dar. Insoweit hat die Einführung der Abgeltungsteuer im Bereich der betrieblichen Fondsanlage Auswirkungen auf die Liquidität und den Geldfluss der betrieblichen Fondsanleger.

Der Bundesrat hat am 8. Juli 2016 dem Investmentsteuerreformgesetz (InvStRefG) zugestimmt. Am 26. Juli 2016 wurde es im Bundesgesetzblatt verkündet. Dieses wird ab dem Jahre 2018 insbesondere für Publikumsfonds zu einem Systemwechsel bei der Besteuerung führen. Während bislang für Publikums- und Spezialfonds das sog. Transparenzprinzip galt, wonach der Anleger im Wesentlichen so zu besteuern ist, als wenn er selbst unmittelbar in die zugrunde liegenden Vermögensgegenstände investiert wäre, soll dies für Publikumsfonds abgeschafft und für Spezialfonds in einzelnen Punkten modifiziert werden. Das Investmentsteuerreformgesetz wird zum 1. Januar 2018 in Kraft treten.

Sowohl bei Publikums- als auch bei Spezialfonds wird zukünftig auf inländische Beteiligungserträge (Dividenden und eigenkapitalähnliche Genussrechte) und inländische

Immobilienenerträge (Mietträge sowie Gewinne aus der Veräußerung von inländischen Immobilien) eine Körperschaftsteuer auf der Fondseingangsseite erhoben werden. Eine Erstattung dieser Eingangsbelastung auf inländische Dividenden und Immobilienenerträge ist bei Publikumsfonds nur für bestimmte steuerbegünstigte Anleger, nämlich für in- und ausländische gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Anleger sowie für Altersvorsorge- und Basisrentenverträge möglich.

Hinzuweisen ist darauf, dass die sog. 45-Tage-Regelung (§ 36a Abs. 2 EStG) die sowohl für die Fonds- als auch für die Direktanlage gilt, bereits rückwirkend zum 1. Januar 2016 in Kraft trat.

Darüber hinaus können sich die steuerlichen Rahmenbedingungen für betriebliche Anleger zukünftig weiter verändern.

11. Glossar

1. Personengesellschaft und GbR

Von vielen Anlegern wird die Frage aufgeworfen, ob Fondsanleger, die die Rechtsform einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR oder auch BGB-Gesellschaft genannt) besitzen, immer den betrieblichen Anlegern zuzuordnen sind.

Eine GbR ist der vertragliche Zusammenschluss mehrerer Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks gemäß §§ 705 ff. BGB. Diese Rechtsform ermöglicht mehreren Beteiligten eine gemeinsame Betätigung im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich.

Für die Besteuerung der Einkünfte, die im Rahmen einer GbR erzielt werden, gelten weitgehend die allgemeinen Besteuerungsregeln für Personengesellschaften. Dies bedeutet, die GbR ist nicht selbst einkommensteuerpflichtig. Die durch die Gesellschaft erzielten Einkünfte werden den einzelnen Gesellschaftern zugerechnet und bei deren Veranlagung zur Einkommensteuer erfasst. Es erfolgt insoweit eine einheitliche und gesonderte Ergebnisermittlung auf Gesellschafts- und Gesellschafterebene (§§ 179, 180 Abs. 1 Nr. 2a AO). In diesem Zusammenhang wird auch die Frage entschieden, welche Art von Einkünften von den Gesellschaftern erzielt wird. Diese richtet sich nach der konkreten Tätigkeit der Gesellschaft.

Betreibt die GbR einen gewerblichen, freiberuflichen oder landwirtschaftlichen Betrieb, so gelten für die Ermittlung der Einkünfte grundsätzlich die gleichen Regelungen, die auch für andere Personengesellschaften (zum Beispiel OHG, KG) anzuwenden sind.

Verwaltet die Gesellschaft dagegen lediglich Vermögen (zum Beispiel Immobilien, Wertpapiere), so erzielt die Gesellschaft in Abhängigkeit von der Art des verwalteten Vermögens Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung i. S. d. § 21 EStG oder aus Kapitalvermögen i. S. d. § 20 EStG. Dann werden die Einkünfte der „vermögensverwaltenden GbR“ als Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten ermittelt. Auch diese werden einheitlich und gesondert festgestellt. Die im Rahmen der einheitlichen Feststellung ermittelten Anteile der einzelnen Gesellschafter an den Einkünften der GbR werden letztendlich dann bei der Veranlagung der Gesellschafter zur Einkommensteuer steuerlich erfasst.

2. Typische Personen- und Kapitalgesellschaften

Die im Wirtschaftsleben der Bundesrepublik Deutschland am weitesten verbreiteten Formen der Personen- und Kapitalgesellschaft können Sie der nachstehenden Tabelle entnehmen.

Formen der Personen- und Kapitalgesellschaften:

Personengesellschaften	Kapitalgesellschaften
GbR Gesellschaft bürgerlichen Rechts, BGB-Gesellschaft	eG Eingetragene Genossenschaft
PartG Partnerschaftsgesellschaft	AG Aktiengesellschaft
OHG Offene Handelsgesellschaft	KGaA Kommanditgesellschaft auf Aktien
KG Kommanditgesellschaft	GmbH Gesellschaft mit beschränkter Haftung
EWIV Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	Limited Company GmbH britischen Rechts
	SE Societas Europaea Europäische Aktiengesellschaft

Darüber hinaus gibt es **Mischformen** zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften. Diese haben mehrere Gesellschaften (Kapital- und Personengesellschaften) als Gesellschafter. In der Regel tritt dabei eine Kapitalgesellschaft als persönlich haftende Gesellschafterin einer Personengesellschaft oder KGaA auf.

Die in der Bundesrepublik Deutschland gebräuchlichste Mischform stellt die GmbH & Co. KG dar.

3. Besonderheiten der Einnahmen-Überschuss-Rechnung

Grundsätzlich wird im betrieblichen Bereich der Gewinn durch Betriebsvermögensvergleich ermittelt (§§ 4 Abs. 1, 5 EStG). Der Betriebsvermögensvergleich zeigt für jedes Wirtschaftsjahr durch die Einbeziehung von Forderungen, Schulden, Rechnungsabgrenzungen, Rückstellungen und Wertberichtigungen das tatsächlich wirtschaftlich erzielte Ergebnis auf. Gewinn ist der stichtagsbezogene Unterschiedsbetrag

zwischen dem Betriebsvermögen am Schluss des laufenden Wirtschaftsjahres (Wirtschaftsjahr) und dem Betriebsvermögen am Schluss des vorangegangenen Wirtschaftsjahres (§ 4 Abs. 1 EStG).

Die Einnahmen-Überschuss-Rechnung gemäß § 4 Abs. 3 EStG ist eine vereinfachte Art der Gewinnermittlung in Form einer Gegenüberstellung aller durch den Betrieb veranlassten Einnahmen und Ausgaben. Die Überschussermittlung – Gewinnermittlung – erfolgt durch den Abzug der Betriebsausgaben von den Betriebseinnahmen.

Die Einnahmen-Überschuss-Rechnung, die dem Zuflussprinzip des § 11 EStG folgt, ist eine einfache Geldverkehrsrechnung. Dabei wird vorrangig der Zu- und Abfluss von Einnahmen und Ausgaben festgehalten. Das Entstehen einer Zahlungsverpflichtung ist dagegen grundsätzlich ohne Bedeutung. Geleistete beziehungsweise vereinnahmte Zahlungen werden bis zu zehn Tage vor oder nach Ablauf des Wirtschaftsjahres allerdings dem Wirtschaftsjahr zugerechnet, dem sie wirtschaftlich zuzuordnen sind, wenn sie regelmäßig wiederkehrende Einnahmen beziehungsweise Ausgaben sind (§ 11 Abs. 1, 2 EStG).

Neben einer vereinfachten Aufzeichnung der Geschäftsvorfälle bietet die Einnahmen-Überschuss-Rechnung insbesondere den Vorteil, dass der Steuerpflichtige in einem größeren Maße als beim Betriebsvermögensvergleich Zahlungen in andere Wirtschaftsjahre verlagern kann (zum Beispiel durch Vorauszahlungen, Vorschussleistungen, Stundungen von Rechnungen). Möglicherweise spiegelt sich dies dann aber in einem wirtschaftlich nicht ganz zutreffenden Periodengewinn wider. Unterschiede zum Betriebsvermögensvergleich bestehen zudem bei den laufenden Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben sowie bei der Anschaffung und Veräußerung von Umlaufvermögen. Der Totalgewinn vom Beginn bis zum Ende einer betrieblichen Tätigkeit muss bei einer Gewinnermittlung durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung jedoch mit der durch Betriebsvermögensvergleich identisch sein.

Beispiel: Ein Unternehmen kauft für seinen Geschäftsbetrieb im Jahr 2015 Waren für 100,- Euro und verkauft diese im Jahr 2016 für 250,- Euro.

- Beim **Betriebsvermögensvergleich** ergibt sich nur im Jahr 2016 eine Gewinnauswirkung in Höhe von 150,- Euro, nämlich eine Bestandsminderung (Waren) in Höhe von 100,- Euro und eine Mehrung des Barvermögens (Kasse) in Höhe von 250,- Euro.
- Bei einer **Einnahmen-Überschuss-Rechnung** sind im Jahr 2015 Betriebsausgaben in Höhe von 100,- Euro und im Jahre 2016 Betriebseinnahmen in Höhe von 250,- Euro zu erfassen.

Die Gewinnauswirkung (der Totalgewinn) beläuft sich in beiden Fällen auf 150,- Euro.

4. Die „Zinsschrankenregelung“

Im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 wurde die Zinsschrankenregelung (§ 4 h EStG) eingeführt. Diese fand erstmals auf Wirtschaftsjahre, die nach dem 25. Mai 2007 begannen und nicht vor dem 1. Januar 2008 endeten, bei Körperschaften, Personengesellschaften und Einzelunternehmungen Anwendung.

Kernelement der Zinsschranke ist die Beschränkung des Abzugs von Zinsaufwand als Betriebsausgabe auf die Höhe des Zinsertrags, darüber hinaus auf 30 Prozent des EBITDA (earnings before interest, taxes, depreciation and amortization).

Beträgt der Zinsaufwand nach Abzug des Zinsertrags (Zinssaldo) weniger als 3 Millionen Euro, ist der Zinsaufwand in voller Höhe als Betriebsausgabe abziehbar.

Das EBITDA berechnet sich aus dem Jahresergebnis bereinigt um die Zinserträge und Zinsaufwendungen sowie um die Abschreibungen (nicht jedoch um Teilwertabschreibungen). Hieraus folgt, dass zukünftig der Art der Unternehmensfinanzierung eine sehr wichtige Bedeutung zukommt.

Durch das Jahressteuergesetz 2008 wurde § 2 InvStG um einen neuen Absatz 2a ergänzt, der eine Regelung beinhaltet, nach welcher ausgeschüttete oder ausschüttungsgleiche Erträge des Investmentvermögens, die aus Zinserträgen im Sinne des neuen § 4h Abs. 3 Satz 3 EStG stammen, beim Anleger im Rahmen des § 4h Abs. 1 EStG als Zinserträge zu berücksichtigen sind. Zur Identifikation, welcher Anteil einer Ausschüttung/Thesaurierung auf den Zinsertrag im Sinne der Zinsschranke entfällt, wurde in den Besteuerungsgrundlagen im Sinne des § 5 InvStG eine weitere Angabe eingeführt. Nach § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 c) InvStG wurde Doppelbuchstabe cc) eingefügt: „Erträge im Sinne des § 2 Abs. 2a InvStG“.

Für die Ermittlung des Zinsertrags im vorigen Sinne ist es möglich, von der ausgewiesenen kapitalertragsteuerlichen Bemessungsgrundlage für die Zinserträge auszugehen. Nicht miteinbezogen werden jedoch die sonstigen laufenden Erträge (zum Beispiel Erträge aus Wertpapierleihe, Kompensationszahlungen und Lending Fees, Repo-Zahlungen, Verwaltungskostenerstattungen).

Dies hat insbesondere zur Folge, dass durch Investmentfonds „durchgeleitete“ Zinserträge Zinsen im Sinne der neuen Zinsschrankenregelung sind. Zinsaufwendungen eines betrieblichen Anlegers sind deshalb immer bis zur Höhe des Zinsertrages aus Investmentfondsanteilen voll abzugsfähig. Verbleibt nach Abzug des Zinsertrags ein negativer Zinssaldo in Höhe von mindestens 3 Millionen Euro, ist dieser in Höhe von 30 Prozent des EBITDA als Betriebsausgabe abziehbar. Darüber hinausgehender Zinsaufwand ist als nicht abzugsfähige Betriebsausgabe zu behandeln. Dieser ist außerbilanziell dem steuerlichen Gewinn hinzuzurechnen. Zudem wird dieser Betrag im Rahmen einer gesonderten Verlustfeststellung durch das Finanzamt festgehalten. Diese Zinsbelastung kann erst in späteren Veranlagungszeiträumen steuerlich geltend gemacht werden, soweit die Zinsschranke dies zulässt.¹

Ab dem Veranlagungszeitraum 2010 wird zunächst ungenutztes verrechenbares EBITDA grundsätzlich von Amts wegen für maximal fünf Jahre vorgetragen. Ein Vortrag ist jedoch dann nicht möglich, wenn die Zinsschranke keine Anwendung finden sollte. Hinsichtlich der Nutzung und des Verfalls des EBITDA-Vortrags gilt das FIFO-Verfahren, das heißt, die ältesten EBITDA-Vorträge werden als Erstes verbraucht. Ein bis zum Ende des fünften Wirtschaftsjahres nach seiner Entstehung noch nicht verbrauchter EBITDA-Vortrag verfällt. Auf Antrag ist der EBITDA-Vortrag ab dem Veranlagungszeitraum 2010 rückwirkend auch für die Wirtschaftsjahre 2007 bis 2009 anwendbar und erhöht gegebenenfalls das verrechenbare EBITDA des Wirtschaftsjahres 2010.

5. Behandlung ausländischer Fonds

Für in- und ausländische Sondervermögen (Fonds) gilt nach den jüngsten Änderungen im Investmentrecht zum Jahresende 2007 durch das Investmentänderungsgesetz ein einheitlicher „formeller Investmentbegriff“. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat in einem Rundschreiben vom 22. Dezember 2008 die Anforderungen hierfür konkretisiert.

Die steuerliche Behandlung ausländischer Fonds nach dem deutschen Investmentsteuergesetz (InvStG) ist danach zu beurteilen, ob sie transparent sind, das heißt, ob sie die nach § 5 InvStG vorgeschriebenen Besteuerungsgrundlagen innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Fristen bekannt machen oder nicht. Durch die Gleichstellung unter dem Investmentsteuergesetz (InvStG) findet ansonsten die Regelung über die Pauschalbesteuerung gemäß § 6 InvStG unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in der Rechtssache Van Caster² Anwendung.

Die Besteuerung der Erträge ausländischer Fonds, die dem Anleger die relevanten Besteuerungsgrundlagen bekannt machen, entspricht im Wesentlichen der Besteuerung inländischer Fonds. Sofern lediglich einzelne Angaben, wie zum Beispiel steuerfreie Dividenden, nicht bekannt gemacht werden, handelt es sich um sogenannte semitransparente Fonds. Zwar unterliegen diese Fonds nicht der Pauschalbesteuerung nach § 6 InvStG, allerdings können die Anleger wegen der fehlenden Angaben auch nicht die steuerlich vorteilhaften Regelungen, wie zum Beispiel die Steuerfreiheit von Dividenden, in Anspruch nehmen. Die Erträge sind vielmehr in voller Höhe zu versteuern.

6. Quellensteuer

Die Quellensteuer (QSt) stellt keine eigene Steuerart dar. Sie ist lediglich der Oberbegriff für eine bestimmte Steuererhebungsform. Die Quellensteuer wird bereits bei der Entstehung von Einkünften erhoben. Bei nach dem Quellenprinzip erhobenen Steuern wird der Schuldner der Zahlung gesetzlich zur Einbehaltung und Abführung des festgesetzten Steuerbetrags verpflichtet. Quellensteuern sind zum Beispiel die Lohnsteuer und die Kapitalertragsteuer.

Kapitalanleger verbinden mit der Begrifflichkeit der Quellensteuer vor allem die auf Dividenden und Zinsen im Ausland einbehaltene Kapitalertragsteuer. Die so einbehaltene Quellensteuer kann später grundsätzlich gesondert auf die endgültige persönliche Steuerschuld der steuerpflichtigen Empfänger angerechnet und bei einem Anrechnungsüberhang mitunter auch erstattet werden. Beim Privatanleger erfolgt die Verrechnung mit auf Kapitalerträge anfallender Abgeltungsteuer bereits auf Depotebene. In vielen Ländern unterliegen die Erträge von Wertpapieren einer ausländischen

Quellensteuer. Investmentfonds erhalten die Erträge aus solchen Wertpapieren gemindert um diese Quellensteuer ausgezahlt. Quellensteuer existiert zum Beispiel in Großbritannien und den USA. Sie beträgt meistens zwischen 25 und 30 Prozent.

Der Investmentfonds selbst kann die im jeweiligen Ausschüttungsland einbehaltene, keinem Ermäßigungsanspruch unterliegende Quellensteuer nicht anrechnen, aber als Werbungskosten ansetzen. Alternativ zum Werbungskostenabzug auf Fondsebene ist aber auch der Ausweis der Quellensteuer gegenüber dem Anleger möglich. Dann wird die ausländische Quellensteuer in der Ertragnisaufstellung und/oder der Steuerbescheinigung ausgewiesen und ist beim Anleger im Rahmen der persönlichen Steuererklärung anrechenbar. Hierfür sind dann entsprechende Angaben in der Steuererklärung des Anlegers (Anlage AUS beziehungsweise Anlage AE zur Körperschaftsteuererklärung KSt 1A) notwendig.

7. Kapitalertragsteuer

Die Kapitalertragsteuer (KESt) ist keine eigene Steuerart, sondern nur eine besondere Steuererhebungsform. Sie stellt im Grundsatz eine Vorauszahlung auf die Steuerschuld dar und kann beim betrieblichen Anleger im Rahmen seiner Steuererklärung angerechnet werden.

Nach Einführung der Abgeltungsteuer wird auf die steuerpflichtigen Erträge eines Investmentvermögens eine Kapitalertragsteuer in Höhe von 25 Prozent erhoben. Die Steuerbefreiungen für Dividendenerträge von 95 Prozent beziehungsweise zu 40 Prozent bleiben beim Kapitalertragsteuerabzug (§ 43 Abs. 1 Satz 3 EStG) jedoch unbeachtet und wirken sich später erst im Rahmen der Einkommen- beziehungsweise Körperschaftsteueranmeldung des Anteilseigners aus.

¹ Beispiele zur Wirkungsweise der Zinsschrankenregelung im Allgemeinen und bei einer Fondsanlage im Speziellen finden Sie in unserem ausführlichen „Steuerleitfaden für betriebliche Anleger 2012“, den wir Ihnen gerne zur Verfügung stellen.

² EuGH v. 9.10.2014, C-326/12, Van Caster Van Caster, IStR 2014, Seiten 808 ff.

Die Kapitalertragsteuer muss nicht an das Finanzamt abgeführt werden, wenn der Anleger einen Freistellungsauftrag (FSA) erteilt hat und dieser nicht überschritten wurde, eine Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug gemäß § 43 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 EStG oder eine Nichtveranlagungs-Bescheinigung (NV-Bescheinigung) des Anlegers vorliegt. Liegt keine der zuvor benannten Befreiungen vor, sind Banken, Sparkassen und Fondsgesellschaften dazu verpflichtet, Kapitalertragsteuer direkt an das Finanzamt abzuführen. Die erzielten Kapitalerträge werden dann nicht im vollen Umfang, sondern nur vermindert um die einbehaltene Kapitalertragsteuer dem Anleger ausbezahlt.

Die Abgeltungsteuer gilt nicht für Kapitalerträge im Betriebsvermögen. Dort sind nach wie vor der persönliche Steuersatz der Anleger und die individuellen steuerlichen Verhältnisse der Anleger entscheidend dafür, ob es zu einer konkreten Steuerbelastung kommt. Hierbei wird bereits gezahlte Kapitalertragsteuer bei der Ermittlung der Steuerschuld zur Anrechnung gebracht. Entscheidend ist bei nicht körperschaftsteuerpflichtigen Anlegern, wie viel Einkünfte insgesamt erzielt wurden, denn danach richtet sich der individuelle Steuersatz des Anlegers. Ist der persönliche Einkommensteuersatz niedriger als der Kapitalertragsteuersatz, kann der Anleger eine Erstattung erhalten, weil nicht so viel Kapitalertragsteuer gezahlt werden muss, wie bereits vom Finanzamt vereinbart wurde.

Bei Privatpersonen zählen die Erträge aus Investmentfonds ebenso wie die Gewinne aus der Rückgabe oder Veräußerung von Investmentfondsanteilen, die nach dem 31. Dezember 2008 erworben wurden, zu den „Einkünften aus Kapitalvermögen“, die der Abgeltungsteuer unterliegen. Diese wird in Form der Kapitalertragsteuer erhoben. Dabei hat der Steuerabzug durch die auszahlende Stelle (bei Ausschüttung) oder eine Investmentgesellschaft (bei Thesaurierung) grundsätzlich abgeltende Wirkung.

Der Einbehalt von Kapitalertragsteuer kann auch nach Einführung der Abgeltungsteuer zum 1. Januar 2009 durch die Vorlage eines Freistellungsauftrags (FSA) oder einer Nichtveranlagungs-Bescheinigung (NV-Bescheinigung) vermieden werden.

12. Anhang

1. Arten von NV-Bescheinigungen

NV-Art	Rechtsgrundlagen	Anspruchsberechtigte	Umfang der Entlastung	Beispiele
01	§ 44a Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 Nr. 2 EStG	Natürliche Personen, bei denen eine Veranlagung zur Einkommensteuer nicht in Betracht kommt	Volle Erstattung der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags	Rentner, Schüler
02	§ 44a Abs. 4 EStG	<ul style="list-style-type: none"> Von der KSt befreite inländische Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen Inländische juristische Personen des öffentlichen Rechts Fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des BZSt!	Berechtigt lediglich zur Abstandnahme von der Kapitalertragsteuer auf Kapitalerträge i. S. von § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, 6, 7 und 8 bis 12 sowie Satz 2 EStG	
03	§ 44a Abs. 7 EStG	<ul style="list-style-type: none"> Inländische Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen i. S. d. § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG Inländische Stiftungen des öffentlichen Rechts, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen Inländische juristische Personen des öffentlichen Rechts, die ausschließlich und unmittelbar kirchlichen Zwecken dienen 	Volle Erstattung der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags	Gemeinnützige Stiftungen und Vereine
04	§ 44a Abs. 8 EStG	<ul style="list-style-type: none"> Gemäß § 5 Abs. 1, mit Ausnahme der Nummer 9 KStG oder nach anderen Gesetzen von der Körperschaftsteuer befreite Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen Inländische juristische Personen des öffentlichen Rechts, die nicht in § 44a Abs. 7 EStG bezeichnet sind 	Teilweise Erstattung der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags (für Zuflüsse nach dem 31.12.2007 beträgt der Reststeuersatz stets 15%!)	Städte, Gemeinden, Zweckverbände, Sterbe- und Pensionskassen etc.
05	§ 11 Abs. 2 InvStG	Sondervermögen von Kapitalverwaltungsgesellschaften	Volle Erstattung der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags	
08 „Dauerüberzahler“-Bescheinigung	§ 44a Abs. 5 EStG	Gläubiger, deren Betriebseinnahmen Kapitalerträge sind und bei denen die Kapitalertragsteuer aufgrund der Art ihrer Geschäfte auf Dauer höher wäre als die gesamte festzusetzende ESt oder KSt	Volle Erstattung der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags	Holdinggesellschaften, Versicherungsunternehmen, Vermögensverwaltungen
09	§ 24 KStG § 44a Abs. 1 Nr. 2 EStG i.V.m. § 31 Abs. 1 KStG	Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen i. S. von § 24 Abs. 1 KStG, deren Einkommen den Freibetrag von 5.000,- Euro (bis 31.12.2008: 3.835,- Euro) nicht übersteigt	Volle Erstattung der Kapitalertragsteuer und des Solidaritätszuschlags	Kirchenchor etc.

Anmerkung: Außer im Falle der NV-Arten 05 (§ 11 Abs. 2 InvStG) und 08 (§ 44a Abs. 5 EStG) ist für die Erteilung der NV-Bescheinigung stets Voraussetzung, dass die Kapitalerträge, für die die NV-Bescheinigung Gültigkeit hat, auf Anteile entfallen, die weder in einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb, für den die Befreiung von der Körperschaftsteuer ausgeschlossen ist, noch in einem nicht von der Körperschaftsteuer befreiten Betrieb gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts gehalten werden.

Häufig wird inländischen Steuerpflichtigen die Bescheinigung NV 2B zusammen mit einer NV-2-B-Bescheinigung erteilt.

2. Muster NV-Bescheinigung

Finanzamt Musterstadt

IdNr.: 11 111 111 111

Ordnungs-Nr. 1111 111111 1
FA-Nr. Identifizierungs-Nr. PZ

Bisherige Ordnungs-Nr., falls abweichend.

Musterstadt, den 06.03.2015 **EINGEGANGEN**
10. März 2015

NV-Bescheinigung
(Nicht-erhaltungs-Bescheinigung) gemäß § 44 a Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 EStG

Diese Bescheinigung gilt für Kapitalerträge, die zufließen in der Zeit
vom **01.01.2013** bis **31.12.2015**
Gültigkeitsdauer höchstens drei Kalenderjahre

Herrn / Frau / Herrn und Frau
Name der antrag-stellenden Person (bei Ehegatten, Ehepartner)
Mustermann

Vorname **Max** Geburtsdatum **01.01.1981**

und / Ehefrau (Vormann)


ggf. abweichender Familienname Geburtsdatum


Staatliche Identifikationsnummer
Mustersstr. 1
PLZ **Wabern**
12345 Musterstadt

wird hiermit bescheinigt, dass voraussichtlich in dem o. a. Zeitraum eine Veranlagung zur Einkommensteuer nicht in Betracht kommt.

Diese NV-Bescheinigung ist dem Finanzamt nach § 44 a Abs. 2 EStG zurückzugeben.
1. wenn das Finanzamt sie zurückfordert,
2. wenn Sie erkennen, dass die Voraussetzungen für die Erteilung weggefallen sind (vgl. Fußnoten 1)


Der Widerruf dieser Bescheinigung bleibt vorbehalten.

Im Auftrag

Minister

(Das Finanzamt)

Erklärungen

- Die Voraussetzungen für die Erteilung der Bescheinigung entfallen, wenn Sie nicht mehr unbeschränkt steuerpflichtig sind oder Ihre Einkommensverhältnisse sich so ändern, dass Sie zur Einkommensteuer zu veranlagten sind. In diesem Fall sind Sie verpflichtet, die ausgestellte NV-Bescheinigung an das Finanzamt zurückzugeben.
Die NV-Bescheinigung ist ferner zurückzugeben, wenn Sie während der Geltungsdauer der Bescheinigung heiraten oder ein Ehegatte verstirbt.
- Sollten Sie Ihren Wohnsitz wechseln, so teilen Sie bitte dem Finanzamt, das diese Bescheinigung ausgestellt hat (vgl. oben links), Ihre neue Anschrift unter Angabe der Ordnungs-Nr. / IdNr. dieser Bescheinigung mit.
- Das Bundeszentralamt für Steuern ist berechtigt, die Höhe der Kapitalerträge dem für Sie zuständigen Finanzamt und den Sozialleistungsträgern mitzuteilen.

3. Muster Freistellungsauftrag

Freistellungsauftrag für Kapitalerträge und Antrag auf ehgattenübergreifende/lebenspartnerübergreifende Verlustverrechnung 

Depot-Nr. Datum

Wichtiger Hinweis:
Mit diesem Freistellungsauftrag wird ein gegebenenfalls früher erteilter Auftrag widerrufen.

Union Investment Service Bank AG
Depotabteilung
60621 Frankfurt am Main

Neuer Antrag Folgeauftrag **Bitte alle zutreffenden Felder ausfüllen. Auch die beigefügten Hinweise zum Ausfüllen beachten.**

1 Gläubiger der Kapitalerträge
 Frau Herr
Name abweichender Geburtsname
Vorname
Geburtsdatum Steuer-Identifikationsnummer
Familienstand: ledig verheiratet/Lebenspartnerschaft dauernd getrennt lebend geschieden/Aufhebung Lebenspartnerschaft verwitwet

2 Ehegatte/Lebenspartner
 Gemeinsamer Freistellungsauftrag **Angaben zum Ehegatten/Lebenspartner und dessen Unterschrift sind nur bei einem gemeinsamen Freistellungsauftrag erforderlich.**
 Frau Herr
Name abweichender Geburtsname
Vorname Steuer-Identifikationsnummer
Geburtsdatum

3 Adresse
Staat/ Haus-Nr. Land
PLZ
Ort

4 Hiermit erziele ich/wir mit dem Auftrag, mittel/langen* bei Ihrem Institut einlaufenden Kapitalerträge vom Steuerabzug freizustellen und/oder bei Dividenden und ähnlichen Kapitalerträgen die Erstattung von Kapitalertragsteuer zu beantragen, und zwar
 bis zu einem Betrag von _____ EUR (bei Verteilung des Sparer-Pauschbetrages auf mehrere Kreditinstitute).
 bis zur Höhe des für mich/wuns* geltenden Sparer-Pauschbetrages von insgesamt EUR 801,-/EUR 1.602,-.
 über EUR 0,- **→** Möchten Sie mit diesem Antrag lediglich eine ehgattenübergreifende/lebenspartnerübergreifende Verlustverrechnung beantragen, so kreuzen Sie bitte dieses Feld an.
Dieser Auftrag gilt ab dem 0 | 1 | 0 | 1 beziehungsweise ab Beginn der Geschäftverbindung
 so lange, bis Sie einen anderen Auftrag von mir/wuns* erhalten. bis zum 3 | 1 | 1 | 2

Die in dem Auftrag enthaltenen Daten und freigestellten Beträge werden dem Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) übermittelt. Sie dürfen zur Durchführung eines Veranlagungsverfahrens oder eines gerichtlichen Verfahrens in Steuerachen oder eines Strafverfahrens wegen einer Steuerhinterziehung oder wegen einer Steuerunterschiedsverfahrensweise sowie vom BZSt den Sozialleistungsträgern übermittelt werden, soweit dies zur Überprüfung des bei der Sozialleistung zu berücksichtigenden Einkommens oder Vermögens erforderlich ist (§ 45 d EStG). Ich versichere/Wir versichern*, dass mich/wuns* Freistellungsauftrag zusammen mit Freistellungsaufträgen an andere Kreditinstitute, Bausparkassen, das BZSt und so weiter den für mich/wuns* geltenden Höchstbetrag von insgesamt EUR 801,-/EUR 1.602,- nicht übersteigt. Ich versichere/Wir versichern* außerdem, dass ich/wir* mit allen für das Kalenderjahr erhaltenen Freistellungsaufträgen für keine höheren Kapitalerträge als insgesamt EUR 801,-/EUR 1.602,- im Kalenderjahr die Freistellung oder Erstattung von Kapitalertragsteuer in Anspruch nehmen.*
Die mit dem Freistellungsauftrag angeforderten Daten werden auf Grund von § 44 a Absatz 2 und 2 a § 45 b Absatz 1 und § 45 d Absatz 1 EStG erhoben. Die Angabe der steuerlichen Identifikationsnummer ist für die Identifizierung der Freistellungsaufträge an das BZSt erforderlich. Die Freistellungsaufträge für die Erhebung der Identifikationsnummer ergeben sich aus § 129 a Absatz 1 Satz 1 a, Artikelbuch AD, § 139 b Absatz 2 AD und § 45 d EStG. Die Identifikationsnummer darf nur für Zwecke des Besteuerungsverfahrens verwendet werden.


5 Unterschrift/1. gesetzlicher Vertreter gegebenenfalls Unterschrift Ehegatten/Lebenspartner/2. gesetzlicher Vertreter
 Zutreffendes bitte ankreuzen * Nichtzutreffendes bitte streichen

Der Höchstbetrag von EUR 1.602,- gilt nur bei Ehegatten/Lebenspartnern, die einen gemeinsamen Freistellungsauftrag erteilen und bei denen die Voraussetzungen einer Zusammenveranlagung im Sinne des § 26 Absatz 1 Satz 1 EStG vorliegen. Der gemeinsame Freistellungsauftrag ist zum Beispiel nach Auflösung der Ehe/außerhalb der Ehe bei dauerndem Zusammenleben zu beiden. Ersten Ehegatten/Lebenspartner einen gemeinsamen Freistellungsauftrag erteilt dies am Jahresende zu einer Verrechnung der Verluste des einen Ehegatten/Lebenspartners mit den Gewinnen und Erträgen des anderen Ehegatten/Lebenspartners. Freistellungsaufträge können nur mit Wirkung zum Kalenderjahresende befristet werden. Eine Neubestellung bis zu dem Fälligkeitstermin zwecks ausweitung des Betrages ist jedoch zulässig. Sofern ein Freistellungsauftrag in irgendeinem Jahr noch nicht ausgenutzt wurde, kann er auch zum 1. Januar des laufenden Jahres widerrufen werden. Der Freistellungsauftrag kann nur für steuerliche Depots oder Konten bei einem Kreditinstitut oder einem anderen Auftraggeber gestellt werden.

Original 00006001 14
Union Investment Service Bank AG · 60621 Frankfurt am Main · Telefon 069 58998-6000 · Telefax 069 58998-9000

4. Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug

Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug gemäß § 43 Absatz 2 Satz 3 Nr. 2 EStG
(ist der Union Investment Service Bank AG (jeweils) überliefert)



Depot-Nr.:

Union Investment Service Bank AG
60621 Frankfurt am Main

Wichtiger Hinweis:
Diese Erklärung ist nur einzuzeichnen für Personengruppierungen und Einzelanleger. Für Anlagen im Privatvermögen und Anlagen von Körperschaften ist keine Erklärung abzugeben.

1 Depotinhaber

<p>Name der Firma <input style="width: 90%;" type="text"/></p> <p>Bitte nur ausfüllen, wenn es sich um eine natürliche Person handelt:</p> <p>Zuname <input style="width: 90%;" type="text"/></p> <p>Vorname <input style="width: 90%;" type="text"/></p> <p>Geburtsdatum <input style="width: 90%;" type="text"/></p>	<p>Straße/ Haus-Nr. <input style="width: 90%;" type="text"/></p> <p>Land <input style="width: 90%;" type="text"/></p> <p>PLZ <input style="width: 90%;" type="text"/></p> <p>Ort <input style="width: 90%;" type="text"/></p> <p><small>☛ Hier ist die 13-stellige Steuernummer (ELSTER-Format) anzugeben. Bitte nur Ziffern, keine Leerzeichen, Trennungen oder Bindestriche.</small></p> <p>Steuernr. <input style="width: 90%;" type="text"/></p>
--	--

2 Erklärung/Unterschrift(en)

Ich/Wir erkläre(n) hiermit, dass die Kapitalerträge aus den Depots mit der oben genannten Steuernummer (Depot-Nr.) zu den Betriebsnahmen meines/unsere inländischen Betriebes gehören und der Veranlagung bei Kapitalerträgen im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 und 8 i. V. m. § 12 sowie Satz 2 EStG nicht unterworfen ist. Werden von mir/wir im Rahmen meines/unsere inländischen Betriebes weitere betriebliche Depots eröffnet, so können die Kapitalerträge bei der Eröffnung, dem Erwerb und dem Abschluss durch Bezugnahme auf diese Erklärung als von Steuerabzug auf Kapitalerträge im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 und 8 i. V. m. § 12 sowie Satz 2 EStG freischaffende Einlage gekennzeichnet werden. Diese Erklärung gilt ab dem bis zu einem möglichen Widerruf. ☛ Ist kein Datum angegeben, gilt der Auftrag ab dem Eingangsdatum. Änderungen der Verhältnisse werden der USB umgehend mitgeteilt.

Ort/Datum

Rechtserhebliche Unterschrift(en)/Firmenstempel

3 Hinweise

1. Bei Kapitalerträgen im Sinne des § 43 Absatz 1 Satz 1 Nr. 6 und 8 i. V. m. § 12 sowie Satz 2 EStG ist kein Steuerabzug vorzunehmen, wenn die Kapitalerträge Betriebsnahmen eines inländischen Betriebes sind und der Gläubiger der Kapitalerträge oder der Personennaherheit dies gegenüber der auszahlenden Stelle nach dem vorliegenden Vordruck erklärt.

2. Bei Personennaherheiten ist die Einkunftsqualifikation auf der Ebene der Personennaherheit maßgeblich, nicht die abweichende Qualifikation bei einzelnen Beteiligten.

3. Die auszahlende Stelle hebt die vorliegende Erklärung zehn Jahre lang auf. Der Frist beginnt am Ende des Jahres zu laufen, in dem die Freistellung vom Steuerabzug von der auszahlenden Stelle letztendlich berücksichtigt wird.

4. Die auszahlende Stelle übernimmt im Falle der Freistellung die bundesrechtliche Steuer-Nummer, Vor- und Zuname, das Geburtsdatum, die Konto- oder Depotbezeichnung beziehungsweise die sonstige Kennzeichnung des Geschäftsvorganges sowie die Anschrift des Gläubigers der Kapitalerträge dem Bundeszentralamt für Steuern. Bei Personennaherheiten treten die Firma oder vergleichbare Bezeichnungen an die Stelle von Vor- und Zuname und das Geburtsdatum.

0037910115

Union Investment Service Bank AG - 60621 Frankfurt am Main - Telefon 069 58996-6110 - Telefax 069 58996-9000 - Gläubiger-Identifikationsnummer DE81058000002100

5. Überblick über die Besteuerung der Erträge aus Investmentfonds

Überblick über die Besteuerung der Erträge aus transparenten Investmentvermögen			
Sachverhalt \ Anleger	Anleger ist eine natürliche Person und hält die Anteile im Privatvermögen	Anleger ist eine natürliche Person und hält die Anteile im Betriebsvermögen	Anleger ist eine Kapitalgesellschaft ¹
1. Inländische und ausländische Dividenden*	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Steuerpflichtig (Abgeltungsteuer) <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtig (Abgeltungsteuer) <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 2)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Zu 60 Prozent steuerpflichtig <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zu 60 Prozent steuerpflichtig <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 2)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Steuerfrei <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerfrei <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 2)</p>
2. Inländische und ausländische Zinsen	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Steuerpflichtig (Abgeltungsteuer) <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtig (Abgeltungsteuer) <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Voll steuerpflichtig <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Voll steuerpflichtig <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1)</p>

***Hinweis für KStG Anleger:** Gilt nur für bis 1. März 2013 dem Sondervermögen zugeflossene oder als zugeflossen geltende Dividenden in- und ausländischer Aktiengesellschaften, die auf Anteile im Betriebsvermögen ausgeschüttet oder thesauriert werden. Aufgrund der Neuregelung zur Besteuerung von Streubesitzdividenden sind nach dem 28. Februar 2013 dem Sondervermögen aus der Direktanlage zugeflossene oder als zugeflossen geltende Dividenden in- und ausländischer Aktiengesellschaften bei Körperschaften steuerpflichtig.

Anleger Sachverhalt	Anleger ist eine natürliche Person und hält die Anteile im Privatvermögen	Anleger ist eine natürliche Person und hält die Anteile im Betriebsvermögen	Anleger ist eine Kapitalgesellschaft ¹
3. Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren (insbesondere Renten und Aktien) und GmbH-Anteilen	Thesauriert: ² <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als nicht zugeflossen Ausgeschüttet: <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtig (Abgeltungsteuer) (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3)	Thesauriert: ² <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als nicht zugeflossen Ausgeschüttet: <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig hinsichtlich der Veräußerungsgewinne aus Renten • Zu 60 Prozent steuerpflichtig hinsichtlich der Veräußerungsgewinne auf Aktien und GmbH-Anteile (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3)	Thesauriert: ² <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als nicht zugeflossen Ausgeschüttet: <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig hinsichtlich der Veräußerungsgewinne aus Renten • Steuerfrei hinsichtlich der Veräußerungsgewinne auf Aktien und GmbH-Anteile (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3)
4. Gewinne aus Termingeschäften i.S.d. § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 EStG	Thesauriert: <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als nicht zugeflossen Ausgeschüttet: <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtig (Abgeltungsteuer) (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3)	Thesauriert: <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als nicht zugeflossen Ausgeschüttet: <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3)	Thesauriert: <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als nicht zugeflossen Ausgeschüttet: <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3)
5. Optionsprämien	Thesauriert: <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als nicht zugeflossen Ausgeschüttet: <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtig (Abgeltungsteuer) (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1)	Thesauriert: <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als nicht zugeflossen Ausgeschüttet: <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1)	Thesauriert: <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als nicht zugeflossen Ausgeschüttet: <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1)
6. Erträge aus Leerverkäufen von Wertpapieren	Thesauriert: <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als nicht zugeflossen Ausgeschüttet: <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtig (Abgeltungsteuer) (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3)	Thesauriert: <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als nicht zugeflossen Ausgeschüttet: <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig hinsichtlich der Veräußerungsgewinne aus Renten • Zu 60 Prozent steuerpflichtig hinsichtlich der Veräußerungsgewinne auf Aktien und GmbH-Anteile (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3)	Thesauriert: <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als nicht zugeflossen Ausgeschüttet: <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig hinsichtlich der Veräußerungsgewinne aus Renten • Steuerfrei hinsichtlich der Veräußerungsgewinne auf Aktien und GmbH-Anteile² (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3)

¹ Bei Kapitalgesellschaften, bei denen § 8b Abs. 7 KStG (Kreditinstitute, die die Investmentanteile im Handelsbestand halten) oder § 8b Abs. 8 KStG (Lebens- und Krankenversicherungen) anzuwenden ist, sind Dividenden bzw. Veräußerungsgewinne aus Aktien und GmbH-Anteilen in vollem Umfang steuerpflichtig.

² Soweit die Gewinne nicht zu den ausschüttungsgleichen Erträgen nach § 1 Abs. 3, Satz 3 InvStG gehören.

Anleger Sachverhalt	Anleger ist eine natürliche Person und hält die Anteile im Privatvermögen	Anleger ist eine natürliche Person und hält die Anteile im Betriebsvermögen	Anleger ist eine Kapitalgesellschaft ¹
7. Inländische Mieten	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Steuerpflichtig (Abgeltungsteuer) <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtig (Abgeltungsteuer) <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Voll steuerpflichtig <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Voll steuerpflichtig <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1)</p>
8. Ausländische Mieten (DBA mit Freistellungsmethode = Regelfall)	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Steuerfrei <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerfrei <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 4 Abs. 1)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Steuerfrei (ggf. mit Progressionsvorbehalt) <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerfrei (ggf. mit Progressionsvorbehalt) <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 4 Abs. 1)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Steuerfrei <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerfrei <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 4 Abs. 1)</p>
9. Ausländische Mieten (DBA mit Anrechnungsmethode = Ausnahme, insbesondere Schweiz und Spanien)	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Steuerpflichtig (Abgeltungsteuer) • Steueranrechnung / Steuerabzug <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtig (Abgeltungsteuer) • Steueranrechnung / Steuerabzug <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 4 Abs. 2)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Steuerpflichtig • Steueranrechnung / Steuerabzug <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtig • Steueranrechnung / Steuerabzug <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 4 Abs. 2)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten als zugeflossen mit Ablauf des Fondsgeschäftsjahres • Steuerpflichtig • Steueranrechnung / Steuerabzug <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtig • Steueranrechnung / Steuerabzug <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 4 Abs. 2)</p>

Anleger Sachverhalt	Anleger ist eine natürliche Person und hält die Anteile im Privatvermögen	Anleger ist eine natürliche Person und hält die Anteile im Betriebsvermögen	Anleger ist eine Kapitalgesellschaft ¹
10. Veräußerungsgewinne aus inländischen Grundstücken	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten nur als zugeflossen, wenn die Veräußerung innerhalb der Zehnjahresfrist stattgefunden hat • Voll steuerpflichtig <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerfrei, wenn die Veräußerung außerhalb der Zehnjahresfrist stattgefunden hat, sonst steuerpflichtig <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten nur als zugeflossen, wenn die Veräußerung innerhalb der Zehnjahresfrist stattgefunden hat • Voll steuerpflichtig <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten nur als zugeflossen, wenn die Veräußerung innerhalb der Zehnjahresfrist stattgefunden hat • Voll steuerpflichtig <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Voll steuerpflichtig <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3)</p>
11. Veräußerungsgewinne aus ausländischen Grundstücken (DBA mit Freistellungsmethode)	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten nur als zugeflossen, wenn die Veräußerung innerhalb der Zehnjahresfrist stattgefunden hat • Steuerfrei <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerfrei, wenn die Veräußerung innerhalb der Zehnjahresfrist stattgefunden hat, sonst steuerfrei ohne Progressionsvorbehalt <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3, 4 Abs. 1)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten nur als zugeflossen, wenn die Veräußerung innerhalb der Zehnjahresfrist stattgefunden hat • Steuerfrei (ggf. mit Progressionsvorbehalt) <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerfrei (ggf. mit Progressionsvorbehalt) <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3, 4 Abs. 1)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten nur als zugeflossen, wenn die Veräußerung innerhalb der Zehnjahresfrist stattgefunden hat • Steuerfrei <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerfrei <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3, 4 Abs. 1)</p>

¹ Bei Kapitalgesellschaften, bei denen § 8b Abs. 7 KStG (Kreditinstitute, die die Investmentanteile im Handelsbestand halten) oder § 8b Abs. 8 KStG (Lebens- und Krankenversicherungen) anzuwenden ist, sind Dividenden bzw. Veräußerungsgewinne aus Aktien und GmbH-Anteilen in vollem Umfang steuerpflichtig.

Anleger Sachverhalt	Anleger ist eine natürliche Person und hält die Anteile im Privatvermögen	Anleger ist eine natürliche Person und hält die Anteile im Betriebsvermögen	Anleger ist eine Kapitalgesellschaft ¹
12. Veräußerungsgewinne aus ausländischen Grundstücken (DBA mit Anrechnungsmethode)	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten nur als zugeflossen, wenn die Veräußerung innerhalb der Zehnjahresfrist stattgefunden hat • Steuerpflichtig • Steueranrechnung / Steuerabzug <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerfrei, wenn die Veräußerung außerhalb der Zehnjahresfrist stattgefunden hat, sonst steuerpflichtig • Steueranrechnung / Steuerabzug <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3, 4 Abs. 2)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten nur als zugeflossen, wenn die Veräußerung innerhalb der Zehnjahresfrist stattgefunden hat • Steuerpflichtig • Steueranrechnung / Steuerabzug <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtig • Steueranrechnung / Steuerabzug <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3, 4 Abs. 2)</p>	<p>Thesauriert:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gelten nur als zugeflossen, wenn die Veräußerung innerhalb der Zehnjahresfrist stattgefunden hat • Steuerpflichtig • Steueranrechnung / Steuerabzug <p>Ausgeschüttet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Steuerpflichtig • Steueranrechnung / Steuerabzug <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 3, 4 Abs. 2)</p>
13. Beteiligungserträge aus der Beteiligung an Personengesellschaften, insbesondere Grundstückspersonengesellschaften	<p>Der Beteiligungsertrag ist bei vermögensverwaltenden Personengesellschaften steuerlich so zu werten wie die Einkünfte, die auf Ebene der Personengesellschaft erzielt werden, das heißt, Behandlung wie Zinsen, Mieten etc. – bei gewerblichen oder gewerblich geprägten Personengesellschaften erzielt der Fonds gewerbliche Einkünfte</p>	<p>Der Beteiligungsertrag ist bei vermögensverwaltenden Personengesellschaften steuerlich so zu werten wie die Einkünfte, die auf Ebene der Personengesellschaft erzielt werden, das heißt, Behandlung wie Zinsen, Mieten etc. – bei gewerblichen oder gewerblich geprägten Personengesellschaften erzielt der Fonds gewerbliche Einkünfte</p>	<p>Der Beteiligungsertrag ist bei vermögensverwaltenden Personengesellschaften steuerlich so zu werten wie die Einkünfte, die auf Ebene der Personengesellschaft erzielt werden, das heißt, Behandlung wie Zinsen, Mieten etc. – bei gewerblichen oder gewerblich geprägten Personengesellschaften erzielt der Fonds gewerbliche Einkünfte</p>
14. Inländische Dividenden von Grundstücks-kapitalgesellschaften	<p>Wie sonstige Dividenden (s. 1.)</p> <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 2)</p>	<p>Wie sonstige Dividenden (s. 1.)</p> <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 2)</p>	<p>Wie sonstige Dividenden (s. 1.)</p> <p>(§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 2)</p>

Quelle: Auszug aus Anhang 1 zum Einführungsschreiben zum InvStG vom 18. August 2009.

Anleger Sachverhalt	Anleger ist eine natürliche Person und hält die Anteile im Privatvermögen	Anleger ist eine natürliche Person und hält die Anteile im Betriebsvermögen	Anleger ist eine Kapitalgesellschaft ¹
15. Ausländische Dividenden aus Grundstückskapitalgesellschaften; Schachteldividende			Die Ausschüttung der Dividenden ist nach § 4 Abs. 1 InvStG steuerfrei in voller Höhe, wenn auf den Anleger „durchgerechnet“ eine genügend hohe (Schachtel-)Beteiligung entfällt. (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 4 Abs. 1)
16. Ausländische Dividenden aus (insbesondere Grundstücks-)Kapitalgesellschaften (keine Schachteldividende, weil z. B. die erforderliche Beteiligungsquote nicht erreicht wird oder der Methodenartikel des DBA eine Freistellung nur bei Ausschüttungen an eine Kapitalgesellschaft vorsieht und somit auf der Ebene eines Sondervermögens nicht zur Anwendung kommt)	Wie sonstige Dividenden (s. 1.) (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 2)	Wie sonstige Dividenden (s. 1.) (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 2)	Wie sonstige Dividenden (s. 1.) (§§ 1 Abs. 3, 2 Abs. 1, 2 Abs. 2)

¹ Bei Kapitalgesellschaften, bei denen § 8b Abs. 7 KStG (Kreditinstitute, die die Investmentanteile im Handelsbestand halten) oder § 8b Abs. 8 KStG (Lebens- und Krankenversicherungen) anzuwenden ist, sind Dividenden bzw. Veräußerungsgewinne aus Aktien und GmbH-Anteilen in vollem Umfang steuerpflichtig.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Institutional GmbH
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de

Rechtliche Hinweise

Ausführliche produktspezifische Informationen und Hinweise zu Chancen und Risiken der Fonds entnehmen Sie bitte den aktuellen Verkaufsprospekten, den Vertragsbedingungen, den wesentlichen Anlegerinformationen sowie den Jahres- und Halbjahresberichten, die Sie kostenlos in deutscher Sprache über den Kundenservice der Union Investment Privatfonds GmbH erhalten. Diese Dokumente bilden die allein verbindliche Grundlage für den Kauf der Fonds.

Die Inhalte dieses Marketingmaterials stellen keine Handlungsempfehlung dar, sie ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Dieses Dokument wurde von der Union Investment Privatfonds GmbH und der Union Investment Institutional GmbH mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen: **31. August 2017**, soweit nicht anders angegeben.